



## LINKE Nachrichten aus der Oder-Spree-Kreis

- Aufstehen gegen Hass, Hetze und Gewalt *Seite 3*
- Kopf hoch, nicht die Hände *Seite 6*
- Linke Politik im Kreistag Oder-Spree *Seite 7*
- Schöneiche: Verkehrswende statt Fahrpreiserhöhungen *Seite 8*



## Strategie debatte in der LINKEN

- Probleme der Strategieentwicklung der Partei DIE LINKE *Seite 4*
- Strategie debatte in der LINKEN LOS S. 5
- 27. Oktober 2019 – Landtagswahl in Thüringen *Seite 14*

## Stadtverwaltung in Eisenhüttenstadt will Stadtbibliothek verkleinern

Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringen Gegenantrag ein



Die umstrittene zweite Etage der Stadtbibliothek im LindenZentrum in Eisenhüttenstadt, Fotos: Marco Buley

Am 11. November 2019 fand die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport in Eisenhüttenstadt statt. Die Hauptthematik des Abends: Die Stadtbibliothek.

Auf Grund eines Beschlusses von 2016 soll die Stadtbibliothek von zwei Etagen auf eine Etage verkleinert und die jährliche Bezuschussung ab dem Jahre 2023 auf 350 000 € gesenkt werden.

Bisher ist die Stadt auf einem guten Weg bezüglich der Bezuschussung. Belief sie sich im Jahr 2018 noch auf rund 487 000 €, waren es noch rund 412 000 € im Jahr 2019. Für das kommende Jahr 2020 sind bisher rund 417 000 € veranschlagt.

Trotz der guten Tendenzen drängte Frau Harz von der Stadtverwaltung Eisenhüttenstadt auf Grundlage des Beschlusses von 2016 dazu, dass nun endlich eine Ent-

scheidung zur weiteren Vorgehensweise gefunden werden muss, um dem Beschluss gerecht zu werden. Auch Frank Balzer (SPD) erwähnte mehrfach, dass es diesen Beschluss gebe und man daran festhalten muss. Das Ziel sollte es sein, dass an diesem Abend unbedingt eine Entscheidung getroffen wird.

Dafür wurde unter anderem eine Schätzung vorgelegt, welche Kosten entstehen würden, wenn die Verkleinerung der Stadtbibliothek umgesetzt werden müsste. Diese Kosten belaufen sich nach jetzigem Stand auf etwa 350 000 €, Tendenz steigend, um einen Durchbruch in der Decke zu schließen, über den beide Etagen verbunden sind und um die Medien zwischen zu lagern. Und die Ersparnis daraus? Läppische 35 000 € an Mietkosten im Jahr. Selbst nach zehn Jahren, was im Übrigen auch die Laufzeit eines neuen Mietvertrages wäre, liegt die Ersparnis bei genau Null.

Das ist jedoch nicht alles. Der Umbau hätte auch einige negative Folgen. Während der Umbaumaßnahmen würde die Stadtbibliothek für viele Monate geschlossen bleiben und nicht nutzbar sein. Der Medienbestand muss auf Grund des geringeren Platzes zwangsweise verkleinert werden und auch eine weitere Verringerung des Personalschlüssels steht im Raum, um weitere Kosten zu senken.

Nun fragt sich der ein oder andere bestimmt: „Noch weniger Personal?“ Und diese Frage ist berechtigt. Denn schon

| Stadtbibliothek Eisenhüttenstadt                               |                     |
|--|---------------------|
| Öffnungszeiten   |                     |
| Montag   | 12:30 bis 18:00 Uhr |
| Dienstag   | 12:30 bis 18:00 Uhr |
| Donnerstag   | 09:30 bis 15:00 Uhr |
| Freitag  | 09:30 bis 15:00 Uhr |
| 2. + 4. Samstag im Monat                                       | 09:30 bis 12:30 Uhr |
| Mittwoch geschlossen, frei für Veranstaltungen nach Absprache. |                     |

von  
**Marco Buley**,  
Eisenhüttenstadt,  
Mitglied des Vor-  
standes DIE LINKE  
Eisenhüttenstadt

jetzt sind die aktuellen Öffnungszeiten für viele Eltern und Kinder kaum nutzbar. Würde man jetzt noch mehr am Personal einsparen, könnte auch eine Folge sein, dass sich diese Situation noch weiter verschlechtert.

So absurd sich das ganze Vorhaben bisher schon anhört, das ist noch nicht alles. Die Stadtverwaltung brachte noch einen weiteren Vorschlag zur Diskussion ein. Die Verbindung der Stadtbibliothek mit dem Tourismusverein.

Das Ziel dahinter: Umlagerung von einem Teil der Kosten der Stadtbibliothek auf eine Tourismusinformation.

Nun wurde es noch unübersichtlicher. Es wurden immer mehr Zahlen in den Raum geworfen und für einige Stadtverordneten schien es eine Qual bestimmte Berechnungen den jeweiligen Vorhaben zuzuordnen. Immer wieder kamen

nachfragen zur Konkretisierung der Zahlen.

### Doch wie genau sollte diese Zusammenlegung von statten gehen?

Der Tourismusverein sollte dafür die obere Etage der Stadtbibliothek nutzen und würde zusätzlich Räume im Erdgeschoss als Empfangsbereich und für den Verkauf bekommen. Wobei es falsch wäre zu sagen „Der Tourismusverein sollte ...“, denn das war gar nicht der Plan der Stadtverwaltung.

Obwohl mehrmals beteuert wurde für wie wichtig die Arbeit des Tourismusvereines angesehen wird, waren die Absichten ganz andere. Der jetzige Standort des Tourismusvereines würde geschlossen, alle Förderungsmittel annulliert werden und die jetzigen Mitarbeiter wären plötzlich arbeitslos. Der Plan war es nämlich nicht nur, den Standort zu verlegen, sondern die Stellen sollten mit Angestellten der Stadt Eisenhüttenstadt besetzt werden. Und damit bekam der ganze Vorschlag einen immer hinterhältigeren Charakter.

Menschen, die aus purer Leidenschaft den Tourismus in unserer Region attraktiv machen und ihr Herz dafür geben, sollten ihren Job verlieren, um das „Sorgenkind“ Stadtbibliothek irgendwie zu retten und um einen völlig absurden Beschluss umzusetzen.

Der Stadtverwaltung schien die Zukunft der Mitarbeiter völlig egal zu sein und somit war es nur verständlich, dass diese sich klar gegen die Zusammenlegung positioniert haben. Nicht nur aus Angst vor der eigenen Zukunft oder aus Angst ihrer Leidenschaft nicht mehr nachgehen zu können, sondern auch auf Grund fehlender praktischer Vorteile, bzw. fehlender „Synergien“ wie es am Abend des Öfteren hieß, welche ein Umzug mit sich bringen könnte. Letztendlich wäre alles zum Nachteil des Tourismus in unserer Region.

Im Verlauf der ganzen Diskussion äußerten sich dann unter anderem Marina Marquardt (CDU) und Ingrid Siebke (SPD) negativ zu den Vorlagen, denn auf Grund der unklaren Aussagen sei es ihnen nicht möglich mit gutem Gewissen an diesem Abend ein Urteil zu fällen.

Doch was war die Antwort der Stadtverwaltung darauf? Eine weitere Vorlage, die plötzlich aus dem Hut gezaubert wurde. Nun wurde auf einmal zurückgerudert und der

Tourismusverein sollte als solches ins LindenZentrum umziehen, unter erhöhter Bezuschussung der Stadt, um eine weitere Planstelle zu ermöglichen, mit aktuellem Personal. Es wirkte wie eine Verzweiflungstat, um das Thema doch nun endlich vom Tisch zu haben. Dies jedoch machte die gesamte Situation nur noch unübersichtlicher und es fehlten nach wie vor inhaltliche Begründungen, worin die Synergien einer Stadtbibliothek und einer Tourismusinformation liegen sollen.

Somit endete der Abend nach etwa drei Stunden ohne eine Entscheidung und eine neue Sondersitzung sollte angesetzt werden.

### Wie geht es nun weiter?

Die große Frage ist, warum wird sich seitens der Stadtverwaltung und vor allem auch seitens der SPD (mit einigen Ausnahmen) immer wieder auf den Beschluss von 2016 berufen? Es wäre ein leichtes, den Beschluss von damals zu kippen, da man jetzt eindeutig sieht wie praxisfern und unüberlegt jener ist. Würde man daran festhalten, so entstehen ausschließlich negative Folgen, ohne auch nur irgendwelche Einsparungen in naher Zukunft zu haben.

Schon in der Sondersitzung hinterfragte Dr. Oliver Kuppinger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mehrfach den Sinn und Unsinn dieses Beschlusses, jedoch ohne wirkliche Reaktion der Ausschussmitglieder. Daraufhin kündigte er an, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag in die nächste Stadtverordnetenversammlung einbringen wird, den Beschluss von 2016 rückgängig zu machen. Dieser Antrag wurde nun von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE gemeinsam eingereicht und ist Gegenstand der nächsten Stadtverordnetenversammlung. Darin beauftragen wir die Stadtverwaltung, ein Konzept zum längerfristigen Weiterbetrieb der Stadtbibliothek im derzeitigen Umfang zu erstellen und den dafür notwendigen Zuschussbedarf auszuweisen.

Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein unsere Stadtbibliothek zu erhalten, um unseren Bürgern ein vielfältiges Angebot bereitstellen zu können, insbesondere mit Blick auf die zahlreichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in unserer Stadt.

## Fraktion der Partei DIE LINKE in der SVV Eisenhüttenstadt

- **Dr. (MISiS) Jörg Mernitz**, Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Hauptausschuss
- **Mirko Böhnisch**, Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss
- **Dietmar Brauer**, Mitglied im Ausschuss für Petitionen, Ordnung, Recht, Sicherheit und Rechnungsprüfungsausschuss
- **Heidemarie Wiechmann**, Vorsitzende des Ausschusses Kultur und Sport, Mitglied im Ausschuss Familie, Schule, Soziales
- **Madeleine Werner**, Mitglied im Hauptausschuss, Mitglied im Ausschuss Familie, Schule, Soziales
- **Mathias Schaller**, Mitglied im Ausschuss für Petitionen, Ordnung, Recht, Sicherheit

**Kontakt:** Geschäftsstelle Eisenhüttenstadt der Partei DIE LINKE, Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt, Tel./Fax: (033 64) 4 42 51, E-Mail: [dielinke-ehst@t-online.de](mailto:dielinke-ehst@t-online.de), geöffnet: Mo., Do. 15-18 Uhr u. Di., Mi. 10-12 Uhr  
[www.dielinke-eisenhuettenstadt.de](http://www.dielinke-eisenhuettenstadt.de)

# Aus den Basisorganisationen der LINKEN

## ■ Woltersdorf

### Der 9. November – Gedenken an die Opfer der Pogrome von 1938

Im Vorfeld des 9. November hatten Sebastian Meskes, Vorsitzender DIE LINKE Woltersdorf, und Christian Stauch, Vorsitzender der Woltersdorfer SPD, gemeinsam zu einer Gedenkveranstaltung aufgerufen. Zusammen mit der Bürgermeisterin, Margitta Decker, nahmen insgesamt etwa 20 Personen teil. Sie trafen sich vor der Grünstraße 14 an den in Woltersdorf zuletzt verlegten Stolpersteinen. Die Landtagsabgeordnete Elske Hildebrandt (SPD) sprach Worte des Gedenkens und erinnerte mit Bildern an die ehemaligen Bewohner und deren Schicksale. Sie betonte, dass es jeder und jedem freistehe, sich immer wieder bewusst gegen Ausgrenzung und Hetze zu entscheiden oder dies eben bewusst nicht zu tun. Ebenso sei es eine freie Entscheidung jeder

und jedes Einzelnen, in ein Haus zu ziehen, das ursprünglich jüdischen Mitbürgern gehörte, die ins KZ deportiert und dort ermordet worden waren. Im Anschluss wurden Blumen niedergelegt.

Gestört wurde die Veranstaltung durch einen eiligen Autofahrer, der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nötigte, für ihn Platz zu machen. Der Anwohner störte sich auch an den niedergelegten Blumen neben den Stolpersteinen für Jakob, Erna, Ruth und Manfred Neumann (am 12. 1. 1943 nach Auschwitz deportiert), die seiner Meinung nach den Gehweg versperrten.

Ein derart unsensibles Verhalten zeigt, dass es nach über 80 Jahren umso wichtiger ist, an die Pogrome von 1938 zu erinnern. Am 9. November 1938 brannten in ganz

Deutschland Synagogen und jüdische Geschäfte. Organisierte Schlägertrupps legten Brände, misshandelten und töteten tausende Jüdinnen und Juden. Spätestens an diesem Tag wurde es für jedermann offensichtlich, dass in Deutschland Antisemitismus und Rassismus offizielle staatliche Politik geworden waren.

Gerade vor dem Hintergrund des Anschlages auf die jüdische Gemeinde in Halle (Saale) von Oktober diesen Jahres ist es die Pflicht jeder und jedes Einzelnen, sich gegen Antisemitismus und rassistische Hetze stark zu machen. Jede und jeder kann frei entscheiden, in was für einer Gesellschaft sie oder er leben möchte und was sie oder er bereit ist, dafür zu tun oder ob das Wichtigste ein glatter Gehweg ist.



Foto: DIE LINKE

von **Martha Herzog**, Woltersdorf, Sachkundige Einwohnerin im Sozialausschuss der Gemeindevertretung Woltersdorf

## ■ Bad Saarow

### Aufstehen gegen Hass, Hetze und Gewalt

Gedenken am 9. November in Bad Saarow

von **Margot Ziemann**, Bad Saarow, Foto: Lutz Storr



Gerlinde Stobrawa (DIE LINKE) begrüßte im Namen des Kulturvereins die Anwesenden, Susanne Karofiat und Margot Ziemann lasen aus dem Gedenkbuch für die verschleppten und ermordeten Juden Bad Saarows.

Aus Anlass des Jahrestages der Pogromnacht 1938, die die verbrecherische Vertreibung und Vernichtung jüdischen Lebens in ganz Europa einleitete, und in Anbetracht des aktuellen Mordanschlages auf die Hallenser Synagoge in diesen Tagen, hatten der Förderverein „Kurort Bad Saarow“ e.V., DIE LINKE und weitere Unterstützer zu einer Gedenkstunde an die Opfer aufgerufen.

Menschen unterschiedlicher Auffassungen und politischer Richtungen waren dem Aufruf gefolgt.

An der Gedenktafel vor dem Bahnhof wurde an Biografien von Bad Saarower Bürgerinnen und Bürgern erinnert, die in die Vernichtungslager Theresienstadt und Auschwitz deportiert und ermordet wurden. Claudia Rose vom Förderverein dankte den Autoren des Gedenkbuches, die den Schicksalen der Verfolgten und Ermordeten in akribischer Recherche nachgegangen sind und dem Schöpfer der Gedenktafel, Herrn Morton Ehudin, der ebenfalls anwesend war.

Es komme heute wieder darauf an, Gesicht zu zeigen – gegen Antisemitismus, Menschenverachtung, Hass und Gewalt, so der einhellige Tenor der Versammelten.



von  
**Dr. Artur Pech,**  
Schöneiche,  
Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE;  
Foto: DIE LINKE

Ein weiterer Beitrag zur Strukturdebatte ist das Interview „Sahra Wagenknecht – die beliebteste Politikerin. „Was ist das wert? Was machen Sie aus diesem Potenzial?“ auf den „NachDenkSeiten“ im Internet: [www.nachdenkseiten.de/?p=56623](http://www.nachdenkseiten.de/?p=56623)

# Strategiedebatte in der Partei DIE LINKE

Noch bis 10. Januar 2020 können die Parteimitglieder ihre Beiträge einsenden

Nach den Wahlergebnissen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen wurde in der LINKEN eine Strategiedebatte eingeleitet. Dazu hat der Parteivorstand eine Reihe von Fragen formuliert und zu inhaltlichen Beiträgen aufgefordert. (*Widerspruch* 9-10/2019)

## Was aber ist Strategie?

Ein ursprünglich militärischer Begriff, der schon bei den alten Griechen die Kunst der Feldherren beschrieb. Heute umfasst er grundsätzliche und geplante Verhaltensweisen zur Erreichung eines bestimmten Zieles.

Nach dem „Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache“ (Herausgeber: Akademie der Wissenschaften der DDR) handelt es sich bei der politischen Strategie um die „Generallinie einer Partei, einer Gruppe von Vertretern einer Klasse für die Führung des Klassenkampfes während einer gesellschaftlichen Entwicklungsetappe: Die Veränderungen der Klassenverhältnisse erfordern Änderungen der Strategie und der taktischen Maßnahmen“.

Es geht also um die Durchsetzung politischer Ziele unter konkreten Kräfteverhältnissen, die sich auch in Wahlergebnissen aus-

drücken. Von daher lässt sich eine Strategiediskussion von den Zielen nicht trennen. Da geht es dann um das Verhältnis der im Erfurter Programm beschriebenen politischen Ziele zu unserer praktischen Politik.

Das war ein wesentlicher Ausgangspunkt, von dem aus das Präsidium des Bundesausschusses eine Reihe von Fragen in die Diskussion einbrachte. Der Bundesausschuss hat am 16. November 2019 den Parteivorstand empfohlen, diese Fragen bei der Vorbereitung der Strategiekonferenz zu berücksichtigen. Sie werden nachfolgend dokumentiert.

## ■ Probleme der Strategieentwicklung der Partei DIE LINKE

Fragen aus dem Bundesausschuss zur Vorbereitung der Strategiekonferenz

### Erstens

Das Profil der LINKEN wird in ihrem Programm und ihrer Satzung bestimmt. Die Grundsatzdokumente der Partei wurden vor etwa zehn Jahren beschlossen.

- Wie haben der Bundesvorstand und die Landesverbände deren politische Leitlinien in praktische Politik umgesetzt? (Orientierung von Wahlstrategien, Wahlprogrammen usw. am Parteiprogramm – inwieweit sind Wahlergebnisse also Folge der Orientierung am oder der Vernachlässigung des Programms?)
- Entsprechen Programm/Satzung noch den aktuellen Anforderungen (sind sie noch auf der Höhe der Zeit) oder sind sie zu prüfen?
- Wie hat sich das Verhältnis Parteigremien (auf den verschiedenen Ebenen) zu den Fraktionen in den Parlamenten entwickelt?
- Wie hat sich das Verhältnis der Partei zu den außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen entwickelt? Welche regionalen Unterschiede in der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Aktionen gibt es im Land?
- Welche Aufmerksamkeit widmen die Vorstände auf Bundes- und Landesebene der Motivation der Mitglieder zur aktiven politischen Arbeit und wie wird deutlicher werdenden Tendenzen der Demotivation zu begegnen?

### Zweitens

- Welche Auswirkungen auf Wesen und Charakter der Partei hatten/haben Regierungsbeteiligungen?
- Machen wir unter Umständen Politik an den Menschen vorbei?

### Drittens

- Welche Auswirkungen auf das Profil der Partei haben tatsächliche/angestrebte Kooperationen mit der SPD/den GRÜNEN?

### Viertens

- Wie stellt sich das Verhältnis zwischen dem (mindestens von Teilen der Partei erklärten) Ziel der Integration in die bestehende (kapitalistische) Gesellschaft und der Überwindung dieser auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Gesellschaft dar?
- Wie wird das im Parteiprogramm verankerte Ziel der Überwindung des Kapitalismus in praktische Politik umgesetzt?

### Fünftens

- Welchen Platz soll die „Transformation“ angesichts der aktuellen politischen Kämpfe in der Strategie der Partei haben?

### Sechstens

- Wie ist das sozialistische Profil der LINKEN über antikapitalistische Positionen hinaus zu schärfen?

Darüber hinaus wird auf die Punkte eins bis vier des Beschlusses des Bundesausschusses „Ein weiter so kann es nicht geben“ vom 26. Juni 2019 verwiesen (siehe Kasten Seite 3). Sie haben aus unserer Sicht zentrale Bedeutung für die Ausarbeitung der Strategie der LINKEN.

### NACHRICHT

## Sahra Wagenknecht laut Umfrage beliebteste Politikerin Deutschlands

Das Meinungsforschungsinstitut INSA fragte für *Focus* vom 15. bis 18. 11. 2019 2036 Wahlberechtigte: „Welcher Politiker/welche Politikerin vertritt Ihre Interessen am ehesten?“ 22 Spitzenpolitiker standen zur Auswahl:

1. Sahra Wagenknecht (DIE LINKE) 114 Punkte,
2. Angela Merkel (CDU) 111 Punkte,
3. Robert Habeck (Grüne) 110 Punkte.

Quelle Text: <https://deutsch.rt.com, 21. 11. 2019, 8.07 Uhr>  
Quelle Grafik: [www.facebook.com/sahra.wagenknecht](http://www.facebook.com/sahra.wagenknecht)



**DOKUMENTIERT**

**Ein weiter so kann es nicht geben!**

Beschluss des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE vom 23. Juni 2019

Der Bundesausschuss hat in seiner Sitzung am 22. Juni 2019 die erste Auswertung der Ergebnisse zu den Wahlen durch den Parteivorstand zur Kenntnis genommen. In der Diskussion im Bundesausschuss wurde deutlich, dass diese Auswertung nur ein erster Schritt sein kann. Die Ergebnisse der Wahlen verlangen eine tiefgründige Analyse der Ursachen und die Herausarbeitung von Schlussfolgerungen für die Politik der Partei. Der Bundesausschuss erwartet vom Parteivorstand, dass er unter Einbeziehung der Analysen der einzelnen Bundesländer und der unterschiedlichen Strukturen unserer Partei diesen politischen Prozess fortführt.

Die Wahlergebnisse zeigen eine auseinander driftende Entwick-

lung zwischen den West- und den Ost-Landesverbänden. Der Bundesausschuss erwartet, dass bei der Auswertung der Wahlergebnisse die Entwicklung analysiert wird. Dabei geht es neben der Darstellung der Zahlen hauptsächlich um die Darstellung der Unterschiede und Strategien in den Landesverbänden und deren Wirkungen. Darüber hinaus sollten aus Sicht des Bundesausschusses folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wie kann das Profil der Partei ausgehend von unserem Parteiprogramm und sich verändernden gesellschaftlichen Veränderungen weiter geschärft werden?
2. Wie kann es uns gelingen, politische Entscheidungen und ihre Auswirkungen ein-

zelner Landesverbände in die Gesamtstrategie der Partei einzubinden? Wie werden die Strategieentwicklungen des Parteivorstandes mit der Politikentwicklung in den Ländern, der Bundestagsfraktion und der GUE/NGL Fraktion kooperativ zusammen geführt und in der Entwicklung einer modernen linken Partei nachhaltig verankert?

3. Welche Maßnahmen werden eingeleitet, um die politische Kultur innerhalb der Partei im Zusammenhang von Diskussionen unterschiedlicher Ansichten zu verbessern?
4. Wie kann es uns gelingen, der Verfestigung der Rechtsentwicklung in der politischen Landschaft entgegenzuwirken?

5. Welche konkreten Maßnahmen werden eingeleitet, um den Demokratieprozess in der Partei voranzutreiben?
6. Der Parteivorstand legt einen Fahrplan vor, wie und wann die offenen Fragen zur Europäischen Union bearbeitet werden. Der Parteivorstand wird beauftragt, dem Bundesausschuss erste Ergebnisse in der Septembersitzung und dann fortlaufend darzustellen. Entsprechende Berichte sind dem Bundesausschuss zur Verfügung zu stellen.

Quelle: [www.die-linke.de/partei/parteistruktur/bundesausschuss/bundesausschuss-2018-2019/beschluesse-und-erklarungen/news/ein-weiter-so-kann-es-nicht-geben/](http://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/bundesausschuss/bundesausschuss-2018-2019/beschluesse-und-erklarungen/news/ein-weiter-so-kann-es-nicht-geben/)

**Aus dem Kreisvorstand Oder-Spree**

**Strategiedebatte bei den LINKEN LOS**

Mitglieder und Sympathisanten trafen sich am 26. 10. in Erkner bei der GefAS

Wie überall in Brandenburg muss sich nach der verlorenen Landtagswahl auch der Kreisverband der LINKEN in Oder-Spree neu orientieren, die Ergebnisse auswerten und neue Strategien entwickeln, wie Politik und Parteiarbeit mit zukünftig weniger Ressourcen gestaltet werden sollen. Um diese Fragen zu beraten lud der Kreisvorstand im Oktober zu einer Wahlauswertung mit Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und einer ersten Diskussion über die künftige Strategie.

In sachlich-kritischer Atmosphäre wurden die Probleme, die zu dem großen Wählerstimmenverlust führten, analysiert. Schon seit längerem ist bundesweit der Trend zu beobachten, dass wir LINKEN an Stammwählerschaft verlieren. Dieser Trend ist bei der Bundestagswahl aber noch stärker bei der Europawahl sichtbar geworden. So kann die Partei zwar auch Stimmen gewinnen, wenn Themensetzung und Zuspitzung im Wahlkampf zu den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen passen, aber zukünftige Wahlerfolge bzw. dauer-

hafte Bindung dieser Wähler an unsere Partei ist damit nicht gegeben.

Für die Wahlen in Brandenburg war nach außen nicht klar, wofür DIE LINKE steht. Hinzu kommt, dass wir als Partei auch auf Bundesebene zu vielen aktuellen Fragen keine klare und sichtbare Position vertreten, wie zu Digitalisierung oder Klima. Wir brauchen also wieder mehr Debatten, auch innerhalb der Partei, um uns Positionen auf die neuen Fragen dieser Zeit zu erarbeiten.

Bei der anschließenden Diskussion um die Strategie standen die Fragen „Wo stehen wir?“, „Wohin wollen wir?“ und „Wie kommen wir dorthin?“ im Mittelpunkt. Sichtbar wurde dabei, dass es viele Ansätze der politischen Arbeit ja schon gibt, oder gegeben hat, die erfolgreich waren, an denen man anknüpfen kann, wie Hartz-IV-Beratung für Betroffene, Infostände, Öffentlichkeitsarbeit wie mit unserem *Widerspruch* u.a.

Zugleich wurde in der Debatte auch klar, dass vieles nicht mehr in dem Maße geleistet werden kann,

wie es vor einigen Jahren noch der Fall war. Hier müssen neue Wege gegangen werden. Vielfach wurde der Wunsch geäußert, dass DIE LINKE wieder eine Kümmererpartei wird, wenngleich nicht mehr allorts dieses Kümern so geleistet werden kann. Also sollte das Bild des Kümerns neu gedacht werden, Betroffene stärker zum eigenen Handeln aktiviert werden, anstatt stellvertretend für sie die Probleme zu lösen. Gerade das Aktivierende und die konkrete Ansprache von Menschen wurden als besonders wichtig empfunden. Diese Erkenntnis gilt es zukünftig in neuen Formaten umzusetzen, zum Beispiel mit einem politischen Ein-Euro-Frühstück, Infoständen zu konkreten kommunalpolitischen Themen oder Politikstammtischen.

Neben dem Ausprobieren von neuen Formaten soll auch die gegenseitige Vernetzung gestärkt werden. Der Kreisvorstand wird die Debatte zur Strategie fortsetzen und mit den Debatten, die auf Landes- und Bundesebene geführt werden, verknüpfen.



von **Julia Wiedemann**, Woltersdorf, Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree, Foto: DIE LINKE



von  
**Christopher Voß,**  
Fürstenwalde,  
Vorsitzender  
DIE LINKE Oder-  
Spree

Foto: DIE LINKE  
Oder-Spree

## ■ Kopf hoch, nicht die Hände

Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN Oder-Spree wertete die Landtagswahlen aus

Zwei Monate nach der herben Wahlniederlage bei der Landtagswahl traf sich der Kreisverband der LINKEN in Oder-Spree am 2. November zu seiner Gesamtmitgliederversammlung im Schützenhaus Müllrose. Der Fokus der Versammlung lag auf der Auswertung des Wahljahres 2019.

Zu Beginn der Versammlung begrüßte der Vorsitzende unseres kleinsten Orts- bzw. Amtsverbandes Schlaubetal, Harald Schwaeger, die 67 angereisten Genoss\*innen. Ihm folgte unsere aus Potsdam angereiste Landesvorsitzende Anja Mayer. Neben dem Betonen einer guten Arbeit im Landtag, die bei der öffentlichen Darstellung oft hinter ihren Möglichkeiten blieb, schlug sie auch selbstkritische Töne in Richtung Landesvorstand und Landtagsfraktion an, was das Bild der LINKEN in der Öffentlichkeit

betrifft. Sie warb dafür, sich genügend Zeit zu nehmen, um das Ergebnis zu analysieren. Genossin Mayer betonte auch, dass aus finanziellen Gründen strukturelle Veränderungen innerhalb des Landesverbandes unabdingbar seien, um mit den jährlich etwa 200 000 € weniger für den Landesverband zur Verfügung stehenden Mitteln dessen Handlungsfähigkeit weiterhin gewährleisten zu können.

Anschließend gaben die beiden Kreisvorsitzenden ihre Einschätzung ab. Das Erstarken der AfD müsse ernst genommen werden und eine Analyse ihrer Erfolge zwingend mit genügend Differenzierung erfolgen, anstatt alle Wähler\*innen dieser Parteien „abzuschreiben“ und zu verunglimpfen. Als LINKE sollten wir diejenigen versuchen (wieder) zu erreichen, die die rechtsradikalen Partei aus Frust über ihre persönliche kulturelle und materielle Ausgrenzung wählten. Egal welches Erklärungsmuster man sich eher bediene, richtig sei, dass wir die Bedrohung ernst nehmen, aber unser Handeln nicht nur nach der AfD ausrichten und über jedes ihrer Stöckchen springen dürften.

Aufgrund unserer schwinden Verankerung, insbesondere im ländlichen Raum, könnten wir nicht mehr das Image der Kümmererpartei aufrechterhalten. Es sei empfehlenswert mehr gemeinsam mit Betroffenen für Verbesserungen zu streiten, anstatt den Anschein einer reinen Stellvertreterpolitik zu erwecken, die einerseits kaum einhaltbare Erwartungen an uns richten und sich vom methodischen Politikan-satz der anderer Parteien wenig unterscheiden würde.

Große Übereinstimmen herrschte in der Auffassung, das uns der über viele Monate offen ausgetra-

genen Richtungsstreit der Bundespartei hinter unserem Potential zurückbleiben lies. So gelang es auch nicht, sich als Gegenpol zur AfD in der veröffentlichten Meinung darzustellen, zumal das Vorgaukeln eines grünen Kapitalismus den Grünen noch Auftrieb beschert.

Im Anschluss an die Generaldebatte standen die Wahlen unserer Delegierten zum nächsten Landes- und Bundesparteitag sowie unserer Vertreter\*innen für den Landesausschuss an (Ergebnisse siehe Kasten). Bei ihrer Kandidatur zum Landesausschuss machten die beiden Bewerber\*innen Rita Heinrich und Ismail Al-Kayed darauf aufmerksam, dem Gremium mehr Gewicht als in der Vergangenheit geben zu wollen. Der Landesausschuss ist ein Organ des Landesverbandes mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand.

Zur Wahl stand auch die Funktion eines neuen Kreisschatzmeisters. Aus beruflichen und familiären Gründen legte unser bisheriger Kreisschatzmeister Frithjof Bastian sein Amt am 2. November nieder. So war der Kreisvorstand erleichtert, dass wenige Wochen vor der erforderlichen Neuwahl Genosse Wieland Wallroth aus Frankfurt (Oder) seine Bereitschaft erklärt hatte, dieses Amt bekleiden zu wollen. Einigen Mitgliedern war er durch seine langjährige Arbeit bei verschiedenen Landtagsabgeordneten bekannt. Er erhielt mit 100 Prozent einen sehr großen Vertrauensvorschuss.

Zwischen den Wahlgängen trat der Ko-Vorsitzende der Linksfraktion im Kreistag Oder-Spree, Dr. Artur Pech, ans Rednerpult, um über die bisherige Arbeit der 10-köpfigen Fraktion zu berichten (siehe nächste Seite).

### Wahlergebnisse

#### ■ 4 Delegierte zum Bundesparteitag

gewählte Delegierte (weibliche Liste):

- Dr. Astrid Böger, Scharmützelsee 59 St. (von 64)
- Rita-Sybille Heinrich, Erkner 56 St. (von 64)

gewählte Delegierte (gemischte Liste):

- Ismail Al-Kayed, Fürstenwalde 42 St. (von 58)

weitere Ergebnisse:

- Dr. Artur Pech, Schöneiche 28 St. (von 58)
- Uwe Tippelt, Storkow 18 St. (von 58)
- David Manietta, Eisenhüttenstadt 14 St. (von 58)
- Sebastian Meskes, Woltersdorf 7 St. (von 58)
- Fritz Viertel, Schöneiche 6 St. (von 58)

(2. Wahlgang ist auf der nächsten Gesamtmitgliederversammlung erforderlich, da kein Kandidat mehr als 50 Prozent der gültigen Stimmen erhielt.)

#### ■ 8 Delegierte zum Landesparteitag

gewählte Delegierte (weibliche Liste):

- Dr. Astrid Böger, Scharmützelsee 57 St. (von 65)
- Julia Wiedemann, Woltersdorf 53 St. (von 65)
- Rita-Sybille Heinrich, Erkner 50 St. (von 65)
- Annkatrin Schwaeger, Müllrose 48 St. (von 65)

gewählte Delegierte (gemischte Liste):

- Christopher Voß, Fürstenwalde 52 St. (von 62)
- Dr. Artur Pech, Schöneiche 51 St. (von 62)
- David Manietta, Eisenhüttenstadt 46 St. (von 62)
- Peter-Martin Mattigk, Fürstenwalde 39 St. (von 62)

gewählte Ersatzdelegierte:

- Martha Herzog, Woltersdorf 45 St. (von 65)
- Fritz Viertel, Schöneiche 32 St. (von 62)
- Sebastian Meskes, Woltersdorf 28 St. (von 62)

#### ■ Vertreter\*innen im Landesausschuss

gewählte Delegierte (weibliche Liste):

- Rita-Sybille Heinrich, Erkner 58 St. (von 63)

gewählter Delegierter (gemischte Liste):

- Ismail Al-Kayed, Fürstenwalde 58 St. (von 63)



Foto: DIE LINKE Oder-Spree

# Aus dem Kreistag Oder-Spree

## DOKUMENTIERT

### Linke Politik im Kreistag Oder-Spree

Bericht des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Dr. Artur Pech zur Arbeit der Fraktion auf der Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN im Oder-Spree-Kreis am 2. November 2019 in Müllrose

Der am 26. Mai 2019 gewählte Kreistag hat sich am 25. Juni konstituiert. Nunmehr hat DIE LINKE mit 9 Mandaten 3 Mandate weniger, als in der vorigen Wahlperiode. Nach der Wahl kam der auf der Liste der PIRATEN in den Kreistag gewählte Felix Mühlberg auf uns zu, um in unserer Fraktion mitzuarbeiten. Dem hat die Fraktion entsprochen. (*Widerspruch 8/2019*)

Damit gibt es jetzt im Kreistag 7 Fraktionen. Die Fraktionen DIE LINKE/PIRATEN, SPD und AfD mit je 10 Mitgliedern, CDU 9, FDP/B-J-A/BVFO 6, GRÜNE 5 und BVB/Freeie Wähler 5. Hinzu kommen ein fraktionsloser Abgeordneter der NPD und der Landrat.

Neben dieser veränderten Zusammensetzung gibt es eine weitere Neuerung: Es gibt im Kreistag keine Koalition. Sofern Beschlüsse die Zustimmung der Mehrheit der gewählten Mitglieder benötigen, erfordern sie die Mitwirkung von mindestens drei Fraktionen.

#### Gemeinsam gedenken und handeln

Vor diesem Hintergrund haben wir für die bisherigen zwei Sitzungen eine ansehnliche Bilanz vorzuweisen. Im Juni hat der Kreistag nach einigen Ausfällen aus der AfD unseren Antrag „Gemeinsam Gedenken – Gemeinsam Handeln“ beschlossen. Damit wurde der Landrat beauftragt, zum Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf Polen unsere polnischen Partnerkreise zu einer gemeinsamen Veranstaltung einzuladen.

Inzwischen hat diese Veranstaltung in Neuzelle stattgefunden. Den größten Eindruck auf mich haben dabei nicht die Reden der verschiedenen offiziellen Vertreter der beteiligten Landkreise gemacht. Den größten Eindruck machten vielmehr Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Neuzelle mit der Vorstellung eines gemeinsamen Projekts. Sie erforschten die Geschichte ihrer Familien. Und da stand dann der polnische Bericht über die Großmutter im KZ Auschwitz neben der Geschichte der Flucht aus Ostpreußen. Eine solche Auseinandersetzung mit Geschichte verdeutlicht tatsächlich die Größe der Anforderungen an gemeinsames Handeln in der Gegenwart.

Unsere Fraktion hat sich vorgenommen, einen ähnlichen An-

trag zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus einzubringen. Im April wird es 75 Jahre her sein, dass das Feuer des Krieges über das heutige Gebiet unseres Landkreises ging. Das betrifft dann die Kämpfe von der Oder bis Berlin, es betrifft aber auch die bis in die letzten Tage des Krieges anhaltenden deutschen Kriegsverbrechen. Zu erinnern ist an die von der SS ermordete Häftlinge im KZ-Außenlager, dass für die Unterhaltung des Übungsplatzes „Kurmark“ errichtet wurde, an die Ermordung von Einwohnern von Hartmannsdorf, die auf ihren Häusern weiße Fahnen gehisst hatten. Und zu erinnern vor allem an die auch auf dem Gebiet unseres Landkreises bestatteten sowjetischen Soldaten, die ihr Leben für die Verteidigung ihrer Heimat und für die Zerschlagung des Faschismus gaben. Gerade angesichts der Tatsache, dass heute wieder Personen in deutschen Parlamenten sitzen, die selbst nach dem Urteil deutscher Gerichte Faschisten sind. Und die Erinnerung ist auch deshalb besonders nötig, weil noch am Donnerstag dieser Woche in einem Leitmedium des deutschen Großkapitals der Ruf nach einer „Robusten Friedenspolitik“ zu vernehmen war. So heißt es heute, wenn imperialistische Interessen mit militärischer Gewalt, mit Krieg durchgesetzt werden sollen.

#### Hartz IV im Oder-Spree-Kreis

Mit der Konstituierung des Kreistages konnten wir nach mehr als einem Jahrzehnt „Hartz IV im Landkreis Oder-Spree“ endlich durchsetzen, einem Ausschuss des Kreistages die Zuständigkeit für das Jobcenter zu geben. So merkwürdig es klingt: Für diesen Teil der Verwaltung, der einen dreistelligen Millionenbetrag verwaltet, gab es eine solche Zuständigkeit bis dahin nicht.

Zugleich war zur Jahresmitte 2019 die turnusmäßige Anpassung der Werte zur Beurteilung der „Angemessenheit“ der Kosten der Unterkunft (KdU) fällig. Die Fraktion wird dazu den nächsten Monaten die dritte Auflage ihrer Broschüre zu KdU im Landkreis Oder-Spree herausgeben, damit sich betroffene über aktuelle Zustände ein Bild machen können und damit nachvollziehbar wird, welche Kämpfe auf diesem Gebiet geführt werden mussten, damit unser Landkreis vom höchsten Beitrag bei den nicht erstatteten Kos-

ten der Unterkunft im Land Brandenburg zu einem Landkreis wurde, in dem die Differenz zwischen den tatsächlichen und den anerkannten KdU mit am geringsten ist. Um es noch einmal klar zu sagen: Es geht hier um mehr als 10000 Menschen im Landkreis, um die sich in dieser Sache außer uns niemand kümmert.

#### Für Tarifbezahlung im Krankenhaus Beeskow

Nicht weniger dringend sind die Probleme der nichtärztlichen Beschäftigten des Kreiskrankenhauses in Beeskow. Auf deren Kosten wurde in den letzten 15 Jahren eine arge Politik gemacht. Ursprünglich war dieses Krankenhaus ein Eigenbetrieb des Landkreises. Damit galten alle Bestimmungen für den öffentlichen Dienst. Dann kamen findige Köpfe in der Kreisverwaltung auf die Idee, dieses Krankenhaus in die Rechtsform der GmbH umzuwandeln. Das nennt man Tariffucht. Als ich damals den Widerstand der PDS-Fraktion dagegen begründete, wurde mir entgegen gehalten: Was wollen Sie? Wollen sie das Krankenhaus erhalten oder wollen sie die Leute nach Tarif bezahlen?

Wir unterlagen damals der Mehrheit des Kreistages und das Krankenhaus wurde auf Kosten der Beschäftigten finanziell saniert. Mit den Jahren wurden die Beschäftigten des Krankenhauses derartig schlechter bezahlt, dass die Zustände unhaltbar wurden. Im Sommer kam es dann zu den seit langem fälligen Tarifauseinandersetzungen. In Gremien des Kreistages wurde uns das Bild vermittelt, in den Verhandlungen sei alles auf einem guten Weg. Wenige Tage später kam es dann zum Streik und die Menschen standen vor dem Landratsamt. In dieser Lage brachten wir für den Kreistag den Dringlichkeitsantrag ein, den Landrat mit der Vorbereitung der Umwandlung des Krankenhauses in einen Eigenbetrieb des Landkreises und der Erarbeitung eines Konzepts für die langfristige Entwicklung des Krankenhauses zu beauftragen. Es verlangte mir schon einige Selbstbeherrschung ab, als dann im Kreistag selbst von Vertretern der SPD ausgeführt wurde, das sei doch nicht dringlich und gehöre deshalb nicht auf die Tagesordnung.

Für den Dezember-Kreistag ist die Behandlung unseres Antrages mit solchen Tricks nicht mehr zu ver-

hindern. Wir werden am Text nach den Beratungen in den Ausschüssen sicher noch Veränderungen vornehmen. Zwei Prämissen sind jedoch unverzichtbar: Es muss letztlich eine Angleichung der Bezahlung an den Tarif des öffentlichen Dienstes geben. Und es muss ein Konzept geben, dass die Entwicklung des Krankenhauses und der gesundheitlichen Versorgung in der Region Beeskow sichert.

Hier ist auch der Zusammenhang zwischen Kommunalpolitik und Landespolitik aufgerufen. Es hilft uns wenig, wenn die Koalition in Potsdam in der Krankenhausplanung den Erhalt aller Standorte zusagt, zugleich aber durch die Art der Krankenhausfinanzierung bestehende kommunale Krankenhäuser, die nach Tarif bezahlen, in die Pleite getrieben werden. Auch das ist eine Folge der Profitwirtschaft im Gesundheitswesen, der wir den Kampf anzusagen haben. Das wird dann dauern. Schneller lassen sich die Regeln der Krankenhausfinanzierung so ändern, dass die Rechnung nicht vor allem von Krankenschwestern und Pflegern bezahlt werden muss.

Als ich dieses Problem während der Beratung mit der Landtagsfraktion ansprach, schlossen sich etliche Kreistagsfraktionen an. Es geht neben den Krankenhäusern dann auch um die Beschäftigten weiterer kommunaler Betriebe. Für diese landesweiten Auseinandersetzungen brauche ich dann auch die Unterstützung der Basis, denn es hilft wenig, wenn ich mich als einzelner Nörgler profilieren.

Ein weiterer nennenswerter Erfolg war der Beschluss des Kreistags, die papierlose Arbeit zu ermöglichen. Diesen Antrag hatten wir so eingebracht, dass er in den Ausschüssen beraten und im September-Kreistag gefasst werden konnte. Dieser Vorgang stütze sich insbesondere auf die Initiative der PIRATEN in unserer Fraktion.

Wir hatten also in den letzten Monaten durchaus vorzeigbare Erfolge. Und wir haben weitere Aufgaben, für die wir die spürbare Unterstützung unserer Basis brauchen, aber auch die Zusammenarbeit mit Bündnispartnern, die in den aufgeworfenen Problemen mit uns übereinstimmen.

**Wir werden das Unsere dafür tun.**

## Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN



von  
**Fritz R. Viertel,**  
Vorsitzender Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Schöneiche bei Berlin,  
Foto: RG-Photo.com

### ■ Schöneiche bei Berlin

## ■ Verkehrswende statt Fahrpreiserhöhungen

Schöneiche und Rüdersdorf lehnen Ticketpreissteigerungen der Straßenbahn ab

Wie der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) per Pressemitteilung am 26. September 2019 mitteilte, sollen die Fahrpreise zum 1. Januar 2020 teils deutlich erhöht werden. Die Gemeinden Rüdersdorf und Schöneiche bei Berlin sind als Gesellschafterinnen an der Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn (SRS) GmbH und damit an einem VBB-Mitgliedsunternehmen beteiligt. Neben den VBB-Verbundtarifen führt die SRS GmbH einen auf der Tram-Linie 88 gern genutzten Haustarif. Wie Schöneiches Bürgermeister am 14. Oktober 2019 in der Antwort auf eine Anfrage des Gemeindevertreters Fritz Viertel (DIE LINKE) mitteilte, plant die SRS GmbH im Haustarif ebenfalls Fahrpreiserhöhungen.

Die Vorsitzenden der Linksfraktionen in den Gemeindevertretungen von Rüdersdorf und Schöneiche, Detlef Adler und Fritz Viertel, kritisierten die geplanten Fahrpreiserhöhungen von VBB und SRS. Denn sie sind das falsche Signal zur falschen Zeit. „Wir müssen in den nächsten Jahren eine sozial-ökologische Verkehrswende schaffen und deutlich mehr Menschen zum Umstieg vom Auto in den öffentlichen Nahverkehr überzeugen“, begründet Fritz Viertel, „Eine Erhöhung der Ticketpreise bewirkt

genau das Gegenteil. Und sie trifft zuerst diejenigen, die ohnehin jeden Euro umdrehen müssen und die zum Nahverkehr keine Alternative, weil aus Kosten- oder gesundheitlichen Gründen kein Auto haben.“

Zudem werden die Fahrgäste im Berliner Umland – und damit auch die zahlreichen Pendler\*innen und Gelegenheitsfahrgäste aus Rüdersdorf und Schöneiche – durch die Fahrpreiserhöhungen des VBB ohnehin am meisten belastet. So steigen etwa die Preise für ABC-Einzeltickets (von 3,40 € auf 3,60 €), ABC-Tageskarten (von 7,70 € auf 9,60 €) oder ABC-Abo-Umweltkarten (von 992 € auf 1008 €) drastisch. Die SRS GmbH hingegen rechnet mit nur 800 € Mehreinnahmen pro Jahr. Zum Vergleich: Allein die Gemeinde Schöneiche bei Berlin trägt jährlich rund 300 000 € zur Finanzierung des Straßenbahnbetriebs bei.

„Wir können nicht verstehen, warum besonders die Rüdersdorfer Fahrgäste der SRS künftig mehr bezahlen sollen, obwohl sie sowieso schon eine längere Fahrzeit zum S-Bahnhaltepunkt Berlin-Friedrichshagen haben“, wundert sich Detlef Adler. Er und Viertel fordern: „Das Nahverkehrsangebot in unserer Region muss deutlich ausgebaut werden und die Fahrpreise sollten sinken.“

Die Vision der Partei DIE LINKE ist ein bundesweiter Nahverkehr zum Nulltarif. Warum nicht auf der Linie 88 eine günstige Jahreskarte einführen, wie sie in Templin für 44 € verkauft wird. Und obendrein noch Rabatte in der Stadtbibliothek und im örtlichen Kino bietet.

Ende November entscheidet die Gesellschafterversammlung der SRS GmbH über den Wirtschaftsplan des Unternehmens und im Rahmen der Einnahmenplanung indirekt über die Fahrpreiserhöhungen. An dieser Stelle können die Gemeinden Rüdersdorf und Schöneiche als jeweils 15 prozentige Gesellschafterinnen ihre Position deutlich machen. In der Schöneicher Gemeindevertretung beantragte DIE LINKE deshalb zur Sitzung am 6. November die Ablehnung des Wirtschaftsplanes durch den Bürgermeister, sofern dieser auf Fahrpreiserhöhungen basiert. Eine deutliche Mehrheit folgte diesem Vorstoß (12 Ja, 6 Nein, 3 Enthaltungen). In Rüdersdorf stand das Thema am 14. November im Hauptausschuss auf der Tagesordnung. Auch dort wurde dem LINKEN-Antrag zugestimmt (7 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen). „Wir erwarten nun von der SRS, dass sie auf die Fahrpreiserhöhung verzichtet!“, so Viertel.

Dieser Text ist die aktualisierte Fassung einer Pressemitteilung der Linksfraktionen in den Gemeindevertretungen von Rüdersdorf und Schöneiche bei Berlin vom 4. November 2019.

## ■ Gemeindevertretung beschließt Maßnahmen gegen den Klimanotstand

Wenn im trockenen Sommer kein Wasser im Mühlenfließ ist oder bei Starkregen die Keller volllaufen, merken wir, dass die Folgen der Klimazerstörung keinen Bogen um Schöneiche machen. Das Ziel, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, kann zudem nur erreicht werden, wenn alle politischen Ebenen ihren Beitrag leisten. Wenn vor Ort in den Städten und Gemeinden keine konkreten Maßnahmen umgesetzt werden, bleibt

ein Bundesklimagesetz wirkungslos. Mit Massenprotesten forderten weltweit Millionen Menschen in den letzten Monaten mehr Klimaschutz. Auch vor dem Schöneicher Rathaus demonstrierten im September mehr als 300 Menschen.

### Gemeindevertretung beschließt rot-grün-roten Klimaschutz-Antrag

Die Gemeindevertretung ist nun in ihrer gestrigen Sitzung einen wichtigen Schritt gegangen: Sie

beschloss einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, GRÜNE/NF und SPD mit Maßnahmen gegen den Klimanotstand (AN 045/2019). Dafür stimmten 13 Gemeindevertreter\*innen von LINKEN, GRÜNEN, SPD und SCHÖN sowie der Bürgermeister. Dagegen votierten 8 Mitglieder von CDU, FDP, BBS und UBS. Es gab eine Enthaltung.

Mit dem Beschluss erkennt die Gemeindevertretung den globa-

len Klimanotstand an und sieht die Begrenzung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität. Die Gemeinde Schöneiche verpflichtet sich, ihren Beitrag zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens zu leisten. Künftig sollen sämtliche Anträge und Beschlussvorlagen neben einer Aussage zu den finanziellen Auswirkung den darin formulierten Forderungen auch Hinweise zu Konsequenzen für Klima und Umwelt enthalten. Außerdem soll die Umsetzung der Klimaschutzziele überprüft und beschleunigt

werden. Grundlage dafür sind bereits beschlossene Konzepte und neue Ideen zu den Bereichen Energie, Verkehr, Flächen- und Bodennutzung, Baumschutz und Wirtschaftsförderung. Halbjährlich soll die Umsetzung überprüft werden.

### Dranbleiben mit Schwerpunkt auf der Verkehrswende

Für DIE LINKE ist dies ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wie Fraktionsvorsitzender Fritz Viertel in der Gemeindevertretung erklärte. „Wir hätten uns den Antrag noch konkreter gewünscht, er war eben ein Kompro-

miss zwischen drei Fraktionen.“ Umso wichtiger ist es, sich jetzt nicht zurückzulehnen, sondern energisch an der Entwicklung und Umsetzung der Einzelmaßnahmen zu arbeiten.

Potenzial für Klimaschutz sieht DIE LINKE insbesondere im Verkehr. Der ist in Schöneiche für rund ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Mit mehr Angeboten im Nahverkehr und besseren Bedingungen zum Radfahren und zu Fuß gehen können mehr Menschen künftig das Auto stehen lassen.

## Grundrente ist kein Meilenstein

### Ein Rettungsring für die Regierungskoalition

„Der Grundrenten-Kompromiss ist kein sozialpolitischer Meilenstein, sondern der Rettungsring für den Fortbestand der Bundesregierung. Es ist richtig, dass es endlich einen Rentenzuschlag für Menschen mit niedrigen Löhnen geben soll. Die Einkommensprüfung ist viel zu hart und wird viele Frauen ausschließen“, erklären der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch und Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Dietmar Bartsch weiter: „Wenn Hubertus Heil im Februar drei bis vier Millionen Rentner besser stellen wollte und jetzt gerade einmal 1,2 bis 1,5 Millionen einen Zuschlag erhalten, dann ist das kein sozialpolitischer Erfolg. Wieder einmal hat die SPD nicht einmal 50 Prozent dessen erreicht, was ursprünglich gewollt war. Grund ist die viel zu harte Einkommensprüfung, die Millionen ausschließt. Der Grundrenten-Streit zeigt, wir brauchen eine große Rentenreform: Altersarmut muss bekämpft werden, das Rentenniveau muss für alle steigen und alle Menschen mit Erwerbseinkommen müssen einzahlen, auch Abgeordnete, Beamte und Selbstständige.“

Matthias W. Birkwald weiter: „Union und SPD zahlen mit der Grundrente die Zeche dafür, dass sie seit den 2000er Jahren systematisch einen der größten Niedriglohsektoren in Europa gefördert und zugelassen haben. Deshalb ist es nur gut, dass Menschen, die 35 Jahre zu miesen Löhnen arbeiten

mussten, auf ein paar Euro mehr Rente hoffen dürfen und dieser Zuschlag sowie die neuen Freibeträge komplett aus Steuermitteln gegenfinanziert werden. Schlecht ist, dass durch die Einkommensprüfung und die Anhebung der Untergrenze 1,4 Millionen Menschen mit einem Federstrich von der sogenannten Grundrente ausgeschlossen wurden. (30 statt 24 Prozent des Durchschnittseinkommens entsprechen 2019 972,60 Euro statt 778,08 Euro monatlichem Bruttolohn.)“

DIE LINKE wird im Gesetzgebungsverfahren für folgende Punkte kämpfen:

- 35 Beitragsjahre sind als Hürde zu hoch. DIE LINKE fordert, dass 25 Jahre als Voraussetzung reichen mögen.
- Die Anhebung der Untergrenze an Entgeltpunkten und die Kürzung des Zuschlags um 12,5 Prozent treffen überproportional niedrige Renten und müssen beide gestrichen werden.
- Auch die Ehefrau eines gut verdienenden Mannes, die 35 Jahre zu miesen Löhnen arbeiten musste, hat sich einen Rentenzuschlag verdient. Die Einkommensprüfung ist verzichtbar. Es bleibt abzuwarten, ob sie wie angekündigt „unbürokratisch“ umzusetzen ist.
- Der Freibetrag für gesetzliche Renten in der Grundsicherung darf nicht an 35 Beitragsjahre gekoppelt werden. Er muss für alle gesetzlichen Renten gelten und somit Riester- und Betriebsrenten gleichgestellt werden.

- Als Gegenfinanzierung für unsere Vorschläge fordern wir, dass der gesetzliche Mindestlohn sofort auf zwölf Euro brutto angehoben wird. Das würde die Kosten für die sogenannte Grundrente erheblich reduzieren und zwar zu Lasten derer, die davon profitieren – der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

von  
**Dietmar Bartsch**,  
Vorsitzender und  
**Matthias W.**  
**Birkwald**, renten-  
politischer Sprecher  
der Bundestagsfraktion  
DIE LINKE

Quelle: [www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/grundrente-ist-kein-meilenstein/](http://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/grundrente-ist-kein-meilenstein/)

### NACHRICHT

## Fraktion DIE LINKE im Bundestag wählte neuen Vorstand

Die Fraktion hat am 11. November 2019 einen neuen Vorstand gewählt. Zusammen mit Dietmar Bartsch führt jetzt Amira Mohamed Ali die Fraktion: „Wir werden jetzt mit vereinten Kräften die Herausforderungen annehmen, die vor uns liegen“, sagt die neu gewählte Fraktionsvorsitzende in ihrem ersten Pressestatement und betont: „Es ist unsere Aufgabe, vereint zu sein und die Regierung an den Stellen zu stellen, an denen sie gestellt werden muss. Wir wollen es der Regierung nicht weiter durchgehen lassen, dass sie unfähig ist und nicht genug tut für die Belange der großen Mehrheit der Gesellschaft.“

- **Fraktionsvors.:** *Amira Mohamed Ali* (Niedersachsen), *Dietmar Bartsch* (Mecklenburg-Vorpommern)
- **1. Parl. Geschäftsführer:** *Jan Korte* (Sachs.-Anhalt)
- **Stellvertr. Fraktionsvors.:** *Caren Lay* (Sachsen)
- **Stellvertr. Fraktionsvors. und Leiter\*innen der Arbeitskreise:** *Susanne Ferschl* (Bayern), *Fabio De Masi* (Hamburg), *Gesine Löttsch* (Berlin), *Petra Sitte* (Sachsen-Anhalt), *André Hahn* (Sachsen)
- **Stellvertr. Fraktionsvors. und frauenpolitische Sprecherin:** *Cornelia Möhring* (Schleswig-Holstein)
- **Beratende Stimmen im Vorstand:** *Petra Pau*, Vizepräsidentin des Bundestages (Berlin), *Katja Kipping*, Parteivorsitzende (Sachsen), *Bernd Riexinger*, Parteivorsitzender (Baden-Württemberg)



Foto: DIE LINKE im Bundestag

# Das Marschgebiet der Rechten

## Frankreich unter Macron

von  
**Thomas Nord**,  
Mitglied des Bundestages,  
Landesliste Brandenburg

**Kontakt:**  
Deutscher Bundestag,  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
• Telefon:  
(030) 227-7 26 75  
• Fax:  
(030) 227-7 66 75  
• E-Mail:  
thomas.nord@bundestag.de  
• Internet: <https://thomas-nord.de>

**Wahlkreisbüro:**  
Mühlenstraße 15,  
15517 Fürstenwalde,  
Glen Dammann,  
Tel.: (033 61) 34 26 18  
Fax: (033 61) 34 26 24  
E-Mail: thomas.nord.ma06@bundestag.de

Der Beitrag „Das Marschgebiet der Rechten – Frankreich unter Macron“ ist im Bundestagsreport (Ausgabe 16/2019) der Landesgruppe Brandenburg der Fraktion DIE LINKE abgedruckt. Der Bundestagsreport erscheint am Ende jeder Plenarwoche im Internet auf der Seite: [www.dielinke-brandenburg.de/parlament/bundestag/](http://www.dielinke-brandenburg.de/parlament/bundestag/). Die vier Brandenburger Mitglieder der Bundestagsfraktion berichten darin über Schwerpunkte ihrer parlamentarischen Arbeit.

Auf der anderen Seite des Rheins ist das Parteiensystem in Frankreich nicht langsam erodiert, sondern es wurde knapp zwei Jahre vor der Präsidentschaftswahl 2017 von Emmanuel Macron mit der Gründung von La République En Marche aufgebrochen. Im Ergebnis sind heute Parti Socialiste und Les Républicains am Rande der Bedeutungslosigkeit. Bei der Europawahl im Mai hatten sie zusammen noch um die 15 Prozent. Kommentatoren sehen die V. Republik an ihr Ende kommen, weil die Formation Konservative und Sozialisten seit Charles de Gaulle Frankreich nach dem zweiten Weltkrieg geprägt hatte.

Im Jahr 2017 stand das Duell Emmanuel Macron gegen Marine Le Pen im Vordergrund des Präsidentschaftswahlkampfes und auch des Wahlkampfes um die Sitze in der Assemblée Nationale. Der ehemalige Front National wurde von Verteidigern der Kollaboration mit dem Hitler-Regime in Deutschland gegründet. Marechal Petain, der Kopf des Vichy-Regimes, gilt ihnen heute noch als ein großer Franzose und Soldat. Macron wurde 2017 aus Gründen der Verhinderung einer Präsidentin Marine Le Pen gewählt, nicht wegen einer positiven Identifikation mit seinen politischen Vorhaben.

Im Gegenteil, das neoliberale Profil von Macron stößt regelmäßig auf harte Ablehnung und hat seit seinem Amtsantritt Frankreichs die Kämpfe in den Parlamenten und auf den Straßen geprägt. Ziemlich genau vor einem Jahr kam es in Frankreich zu den ersten Gelbwesten-Manifestationen, ihre Kraft hat den Präsidentenpalast und das Palais Bourbon in den Grundfesten erschüttert. Nach einer kurzen Ruhepause durch den parlamentarischen Sommer, die zeitlich kurz nach dem Brand der Kirche Notre Dame in Paris folgte, haben Macron und der Ministerpräsident Edouard Philippe ihr neoliberales Schleifungsprojekt wieder aufgenommen.

In dieser Hälfte der Regierungszeit sind bestehende Rentenregelungen, Gesundheitsverordnungen und das Asylrecht das Ziel. Es be-

steht in der Regierung von Philippe kein Zweifel, dass auch diese Reformen starke innergesellschaftliche Widerstände hervorrufen werden. Gelbwesten, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Gruppen haben bereits für den 5. Dezember zu zentralen Protesten in Frankreich gegen die Reformvorhaben der Rente (länger arbeiten, weniger Geld) aufgerufen. Die gewerkschaftlich organisierten der Bahn SNCF und der Pariser Metro RATP haben zu einer Generalmobilisierung aufgerufen.

### Konvergenz der linken Kämpfe

*Le Monde* berichtete, dass die Regierung sich auf Tage, möglicherweise sogar Wochen der Blockaden einrichtet. Auch die Glut der Gelbwestenbewegung ist nicht erloschen, sie schwelt noch und arbeitet an einem erneuten Aufflammen im Dezember. Das zentrale Problem sieht die Regierung in der möglichen Konvergenz der Kämpfe, einer „convergence de lutte“, das ist aus linker Sicht eine notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die neoliberale Offensive, die in Frankreich zehn Jahre hinter ihrer Zeit liegt.

Aus der Furcht, das weitere Berufswesen, z.B. aus dem Gesundheitswesen, wo seit acht Monaten Streiks stattfinden, in die Reihen der wehenden Proteste einschwenken, rudern Macron/Philippe an einzelnen Punkten, wie z.B. der Reform der Nachtarbeit bereits zurück und zeigen sich konzessionsbereit. Aber das entscheidende in den bevorstehenden Kämpfen Frankreichs ist mit einem Blick auf die nächsten zwei Jahre die Frage, welche Farbe die Protestfahnen mehrheitlich bekommen. Es findet eine massive inhaltliche Schlacht um die politischen Deutungshoheiten und Identifikationen statt.

Die französische Linke, Sozialisten, Kommunisten und France Insoumise sind damit beschäftigt, wieder auf die Beine zu kommen. Der Rassemblement Nationale arbeitet derzeit weitgehend geräuschlos. Le Pen und ihre Gefolgsleute versuchen, die Gelbwesten für sich einzunehmen und auch für das Einsickern in die Schaltstellen der Gewerk-

schaften lautet der Befehl auf Vormarsch. Le Pen will die traditionell roten Fahnen durch blaue ersetzen.

In der personellen Aufstellung zur Kommunalwahl 2020 läuft die Vorbereitungszeit für die Listen in den 36 000 Kommunen aus. Kandidaten, die bislang für PS oder Republikaner eingetreten sind, sind aussichtslos in ihren Kandidaturen, wenn sie bei ihren abgeschlagenen und an den Rand gedrängten Parteien bleiben. Es ist ein hartes Ringen, welcher Bürgermeister für wen auf welcher Liste antritt. Der Kampf um das Bürgermeisteramt in Paris wird einen hohen symbolischen Wert bekommen, die Republikaner haben Schwierigkeiten, überhaupt einen profilierten Kandidaten zu finden. Die zersplitterte französische Linke arbeitet daran, in den Kommunen verlorenen Boden wieder gut zu machen.

Doch der vorausschauende Blick geht in Frankreich schon weit über die Kommunalwahlen hinaus, da ist der März 2020 lediglich noch ein kurzer Rastpunkt vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Juli 2022. Le Pen und Macron bereiten sich strategisch und taktisch bereits auf die Wiederholung des Duells von 2017 vor. Ob die französische Linke, die kulturelle, gesellschaftliche und partei- bzw. gewerkschaftlich organisierte politische Linke wieder so reagieren wird wie im Sommer 2017, das ist die unbeantwortete Frage.

Es hat in der vergangenen Woche für Aufregung gesorgt, dass Macron nach den Vorschlägen zur Verschärfung des Asylrechts einer rechtsextremen Zeitschrift ein Interview ausgerechnet zu diesen Themen gegeben hat. In den nationalen Umfragewerten liegen En Marche und der Rassemblement mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2022 gleichermaßen bei 28 Prozent. Es sieht so aus, als wollte Macron wegen der Ungewissheit des Abstimmungsverhaltens auf der linken Seite direkt in das Aufstellungs- und Marschgebiet der Rechten eindringen.

# Offene Rechnungen endlich begleichen

von  
Dr. Artur Pech,  
Schöneiche

Seit 76 Jahren – Griechenland fordert Gerechtigkeit

Zum 80. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges hatte ich im „Widerspruch“ geschrieben: *„An Oder und Neißة verläuft heute eine Grenze, weil der deutsche Faschismus den zweiten Weltkrieg entfesselte. Dieser Krieg hat etwa sechs Millionen polnischen und 27 Millionen sowjetischen Menschen das Leben gekostet. Das sind die beiden Länder, die in diesem Krieg den höchsten Blutzoll zu entrichten hatten – Polen im Anteil der Opfer an der Gesamtbevölkerung, die Sowjetunion in der absoluten Zahl.“*

Gegenwärtig – also zwischen dem 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen und dem 75. Jahrestag der Befreiung laufen nun Diskussionen, die davon zeugen, dass diese Fragen noch nicht abgeschlossen sind.

Die 1990 erzwungene Anerkennung der Oder-Neißة-Grenze durch die BRD wird gegen polnische Reparationsforderungen in Stellung gebracht. Und der deutsche Betrug an Griechenland findet in der aktuellen Politik der Bundesrepublik Deutschland seine schmähliche Fortsetzung.

Dieser Zusammenhang hat mich am 13. November in eine Veranstaltung der Linksfraktion in den Deutschen Bundestag geführt. Ihr Titel: *„Offene Rechnungen endlich begleichen. Die Reparationspflicht Deutschlands gegenüber Griechenland.“*

Was mir in dieser Größenordnung bisher nicht bekannt war, konnte ich im Antrag der Linksfraktion *„Reparationsforderungen Griechenlands anerkennen.“* (Drucksache 19/14725) lernen: *„Während der NS-Besatzung sind durch Massenmord und Hunger etwa 10 Prozent der griechischen Bevölkerung ums Leben gebracht worden.“*

Deutsche Besatzungstruppen brannten in Griechenland bis zu ihrem Rückzug im September 1944 17 720 Dörfer nieder. Vor allem in den grenznahen Regionen wurden bis zu 80 Prozent aller Siedlungen zerstört. Und die Perfidie wurde noch auf die Spitze getrieben, indem sich das faschistische Deutschland dieses Wüten seiner Soldaten auch noch von Griechenland bezahlen ließ und ihm dazu die Gewährung eines Kredits aufzwang.

Darum geht es im Kern, wenn heute von der Rückzahlung deutscher Schulden an Griechenland die Rede ist. Zur Begründung der Forderungen an die Bundesregierung, sich zu den Konsequenzen zu bekennen und die deutschen Schulden endlich zu bezahlen, wurden in der Veranstaltung viele Argumente geliefert.

Ich wurde jedoch auch auf ein grundsätzliches Problem aufmerksam, das uns gegenwärtig sehr bewegt. An der finanziellen Ausplünderung Griechenlands während des Krieges war ein deutscher Bankier namens Hermann Josef Abs beteiligt. Derselbe verhandelte dann Anfang der 50er Jahre über den Erlass der deutschen Schulden. Zu diesen Verhandlungen gehörte, Griechenland bei dem Problem der Reparationen auf einen Friedensvertrag mit Deutschland zu verströmen.

Deshalb heißt der „Zwei plus Vier“ Vertrag von 1990 nicht Friedensvertrag. Mit solchen Tricks will sich die Bundesrepublik Deutschland noch heute aus der Verantwortung stehlen.

Für die Rückzahlung von Schulden des faschistischen Deutschland – einschließlich der Reparationen – ist auf noch ein besonderes Detail zu verweisen: Die Bundesrepublik Deutschland betrachtet sich in ihrem Selbstverständnis nicht nur als Rechtsnachfolger des Nazi-Reiches. Nach der herrschenden Auffassung ist die BRD mit diesem Reich identisch.

Politisch ist da wohl auch etwas dran: Profiteure des Nazi-Reiches wie Hermann Josef Abs standen an der Wiege der Bundesrepublik. Der Mann selbst ist noch heute Ehrenbürger der Stadt Frankfurt am Main – in einschlägigen Kreisen auch Bankfurt genannt.

Bei dieser Sachlage ist es mehr als infam, den Ostdeutschen vorzuerufen, sie hätten sich nicht genügend mit dem Faschismus auseinandergesetzt. Wer so redet und gleichzeitig auf den Kriegsprofiteuren eines Reiches sitzt, mit dem er sich für identisch hält

und diesen Besitz weiter trickreich verteidigt, bestätigt ein Wort von Bertold Brecht: *„Wenn der Kapitalismus ohne den Faschismus gegangen wäre, wär der Faschismus nicht gegangen.“*

Und uns muss er mehr als nachdenklich machen, wenn heute offene Faschisten wieder in deutschen Parlamenten sitzen.

Die Gründe, die diese Reserve der Reaktion heute nach oben spülen, müssen wir eindeutig benennen und sie bekämpfen. Es reicht eben nicht – wie einst im alten Griechenland – nur den Boten zu richten.

Wie Manfred Weißbecker schrieb, handelte *„es sich bei faschistischen Bewegungen, bei faschistischer Ideologie und auch bei nationalsozialistischer Herrschaft um eine der damaligen Zeit zuzuordnende Ausgeburt der bürgerlichen Gesellschaft, um eine der möglichen Folgen des Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger nach Maximalprofit und Expansion, um Versuche, ökonomische und gesellschaftliche Krisen mit allen Mitteln dauerhaft bewältigen zu wollen – selbst wenn dies nur durch verbrecherische und völkerrechtswidrige Politik, durch Kriege und jedwede Aufhebung der ursprünglich aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und aller im Laufe der Zeit insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden konnte.“* (Aus: *Neues Deutschland*, 7. August 2010)

**Diese Zusammenhänge beim Namen zu nennen bleibt unverzichtbar.**

Beim Massaker von Distomo, einer Ortschaft in Mittelgriechenland, am Fuße des Parnassgebirges, töteten am 10. Juni 1944 Angehörige eines Regiments der 4. SS-Polizei-Panzergrenadier-Division im Zuge einer „Vergeltungsaktion“ 218 der – an Partisanenkämpfen unbedeutenden – ca. 1 800 Dorfbewohner der Ortschaft Distomo und brannten das Dorf nieder.

*Quelle: wikipedia.org/wiki/Massaker\_von\_Distomo, 18. 11. 2019, 19.30 Uhr*



Referenten des Fachgesprächs der Bundestagsfraktion DIE LINKE, v.l.: Gabriele Heinecke (Rechtsanwältin, „Arbeitskreis Distomo“), Ulla Jelpke (MdB, DIE LINKE), Giannis Stathás, (Bürgermeister von Distomo), Heike Hänsel (MdB, DIE LINKE), Aristomenis Syngelakis (Co-Generalsekretär des griechischen Nationalrats für Entschädigungs- und Reparationsforderungen gegenüber Deutschland)



von  
**Heike Hänsel**,  
stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende  
DIE LINKE im Bun-  
destag,  
Foto: DIE LINKE im  
Bundestag

Quelle: Im Wortlaut  
von Heike Hänsel,  
11. 11. 2019: [www.linksfraktion.de/  
themen/nachrichten/  
detail/solidarita-  
et-mit-evo-morales/](http://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/solidaritaet-mit-evo-morales/)

## Solidarität mit Evo Morales!

Bundesregierung muss ihr Schweigen brechen, den Putsch gegen den gewählten Präsidenten verurteilen und ein Ende der Gewalt fordern

Der Präsident von Bolivien, Evo Morales, hat sich am 10. November 2019 dem immensen Druck rechter Kreise im Militär- und Polizeiparagrafen und der brutalen Gewalt, die von Oppositionellen gegenüber Regierungsangehörigen sowie staatlichen Medien ausgeübt wurde, gebeugt und ist von seinem Amt zurückgetreten. Dies ist ein Anschlag auf die sozialen Errungenschaften Boliviens und ein Rückschlag für den Kampf um Unabhängigkeit und regionale Integration in Lateinamerika.

Die rechte Opposition hat ihr vorläufiges Ziel erreicht, den Präsidenten zu stürzen. Man kann mit Fug und Recht von einem Staatsstreich sprechen, der seit der Wahl am 20. Oktober nun seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Dass von einem der Anführer der Opposition, Luis Camacho, umgehend nach dem Rücktritt das Einsetzen einer „Regierungsjunta“ gefordert wurde, zeigt den reaktionären Charakter des Protestes. Neben Morales sind mittlerweile Gouverneure, Bürgermeister, Abgeordnete und Senatoren seiner Partei MAS zurückgetreten, wie auch der Vizepräsident, Álvaro García Linera, und die Präsidentin des Senats, Adriana Salvatierra.

### „Kampf für Gleichberechtigung im Frieden fortsetzen“

Evo Morales begründete den Rücktritt vor allem damit, dass er den sozialen Frieden im Land wiederherstellen und die weitere Anwendung von Gewalt verhindern wolle. Sein Rücktritt war notwendig, „damit [die Anführer der Opposition] Carlos Mesa und Luis Fernando Camacho nicht weiter die Häuser unseres Volkes niederbrennen, damit sie nicht weiterhin den einfachen Menschen schaden. Ich trete zurück, damit unsere Brüder in politischen Posten nicht weiterverfolgt werden. Ich bedaure diesen Putsch sehr. Ich möchte euch sagen, Brüder und Schwestern, der Kampf endet hier nicht. Wir werden diesen Kampf für Gleichberechtigung im Frieden fortsetzen.“

Die politische Verfolgung nimmt unter dessen Fahrt auf. Mittlerweile gibt es bereits erste Berichte über



Foto: Prensa Latina

Evo Morales, von 2006 an erster indigener Präsident eines lateinamerikanischen Landes, am 10. November 2019 im Zuge des konterrevolutionären Putsches zurückgetreten und nach Mexiko emigriert. Im Hintergrund die gleichberechtigten Flaggen Boliviens: links die horizontale Trikolore (seit 1851), rechts die Flagge der indigenen Bevölkerung, die Wiphala (seit 2009)

Festnahmen, so von der Präsidentin des Obersten Gerichtshofs. Luis Camacho forderte mittlerweile die sofortige Festnahme von Morales selbst. Nachdem die Opposition zunächst nur auf der Durchführung einer zweiten Wahlrunde bestand, war sie gestern nicht einmal mit der Ausrufung von kompletten Neuwahlen und dem Rücktritt von Morales zufrieden, sondern wollen ihn, wie auch andere Regierungspolitiker, nun unmittelbar ins Gefängnis werfen. Mehr als 20 Persönlichkeiten der MAS haben in der mexikanischen Botschaft in La Paz Zuflucht gesucht und um Asyl gebeten.

### Keine Beweise für einen Wahlbetrug

Vorausgegangen war die Herausgabe eines vorläufigen Berichts durch die von rechten Regierungen und den USA dominierte Organisation Amerikanischer Staaten, (OAS), in dem zwar Unregelmäßigkeiten nahegelegt wurden, aber keine Beweise für einen Wahlbetrug vorgelegt werden konnten. Die Empfehlung der OAS lautete Neuwahlen. Evo Morales, der die Überprüfung durch die OAS selbst veranlasst hatte, kündigte daraufhin an, Neuwahlen auszurufen. Nachdem kurz darauf aber nicht nur Oppositionspolitiker seinen umgehenden Rücktritt forderten, son-

dern auch das Militär, trat Morales zurück.

Sein Haus wurde ebenso gewaltsam attackiert, wie die Häuser vieler anderer Gouverneure und linker Politiker\*innen, ebenso wurden Familienangehörige massiv bedroht, so vom Präsidenten der Nationalversammlung, Victor Borda.

### Bundesregierung muss Staatsstreich verurteilen

Die Fraktion DIE LINKE verurteilt diesen Staatsstreich in Bolivien und die massive Gewalt in den Straßen und erklärt sich solidarisch mit Evo Morales und seiner Bewegung für den Sozialismus, MAS. Dabei steht sie an der Seite eines weltweiten Protests gegen diesen Putsch. So verurteilten die Präsidenten Argentiniens und Mexikos ebenso wie der britische Labour-Chef Jeremy Corbyn sowie die Ex-Präsidenten Lula da Silva, Fernando Lugo und Rafael Correa den Putsch. Die UN zeigte sich ebenso besorgt und forderte die Opposition auf, dem Angebot eines Dialogs nachzukommen.

Die Bundesregierung, die bereits die Putsch-Politik gegen Venezuela unterstützt, ist aufgefordert, ihr Schweigen zu brechen, diesen Staatsstreich zu verurteilen und ein Ende der Gewalt zu fordern.

Weitere Informationen zur aktuellen Situation in Bolivien im Internet: <https://amerika21.de/>





# Solidarität statt Ausgrenzung!

Gegen alle, die Geschichte umschreiben oder überschreiben wollen

Wie sehr Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus, Antiziganismus und der Kampf gegen alles Linke zusammenhängen, hat der Terroranschlag von Halle wieder gezeigt. Nein, das war kein Einzeltäter. Dahinter steht der Antisemitismus, der antimuslimische Rassismus, ermöglicht durch die Mithilfe von Regierung und Medien, die mitschuldig sind am weit nach rechts verschobenen gesellschaftlichen Klima.

Seit Jahren warne ich: „Ihr sagt: Wehret den Anfängen? – Nein, das ist längst überholt, wir sind mittendrin!“ Wie konnte es so weit kommen, dass jüdische Menschen in diesem Land nur noch geschützt werden durch stabile Sicherheitstüren – und nicht mehr durch die Lehren aus der Geschichte? Den Antisemitismus gibt es seit dem Mittelalter in der Mitte unserer Gesellschaft, er ist ein Ausdruck der Diskriminierung von Minderheiten wie Juden, wie Roma und Sinti. Jetzt heißt es: Die Muslime sind an allem schuld ... oder die Geflüchteten, oder die Antifa, oder ... „Der Ton in der Debatte ist rauer geworden, besonders gegenüber Zuwanderern. In dem Moment, wo Partizipation und Zugehörigkeit zu diesem Staat über Herkunft, über völkische Herkunft definiert wird, in dem Moment erweitert man die Grenzen des rassistisch und antisemitisch Sagbaren, ohne dass man es speziell so nennen muss“, sagte Stefanie Schüler-Springorum gerade. Nein, wir wollen uns nicht gewöhnen an Meldungen über antisemitische Attacken in Berlin und anderswo. Wir wollen uns nicht gewöhnen an Berichte und Theorien, die von linken und rechten Rändern sprechen und der guten Mitte. Die wird dort verortet, wo die, Vertreter der „Extremismustheorie“ selbst sind: im rechtskonservativen Milieu. In vielen Institutionen hat sich diese fatale Gleichsetzung von rechts und links durchgesetzt, sehr lange wurde so der Rechtsextremismus als Randgruppenphänomen eingeordnet – zu lange.

Wir haben nach 1945 erlebt, wie schnell der Antifaschismus nach 1945 in Zeiten des Kalten Krieges ersetzt wurde. Wir haben erlebt,

wie die Nazi-Verbrecher davonkommen konnten. Und wir haben erlebt, wie Adenauer Nazis in die Regierung holte. Wir haben das große Schweigen nach 1945 erlebt und wie das Unrecht so akzeptiert wurde! Es ist für uns Überlebende unerträglich, wenn heute wieder Nazirollen gebrüllt werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren: Das fühlt sich an wie damals in Auschwitz. Immer den Tod vor Augen. Ich verstehe nicht, dass die Regierung nicht handelt!

Es ist für uns Überlebende unerträglich, wenn ausgerechnet diejenigen Repressalien ausgesetzt werden, die seit Jahrzehnten den Kampf gegen Neonazis, gegen Antisemitismus, gegen Diskriminierung führen, die Antifa, wenn von „Bildung krimineller Vereinigungen“ und „Entgrenzung“ in Zusammenhang mit ihnen gesprochen wird. Es ist unerträglich, wenn ein paar Antifa-Aufkleber in Schulen Anlass für Denunziationen über Petzportale von Rechten werden. Und wenn dann Medien und Politik diese Verleumdungen nicht hinterfragen, ist der Schaden irreparabel.

---

*„Ihr habt keine Schuld an dieser Zeit. Aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr nichts über diese Zeit wissen wollt. Ihr müsst alles wissen, was damals geschah. Und warum es geschah.“*

*Esther Bejarano*

---

Menschen wie ich, die den NS-Terror und die Konzentrationslager überlebt haben, sind froh über jeden einzelnen, jeden einzelnen Antifa, der mit uns streitet für eine andere, bessere Gesellschaft ohne Diskriminierung, Verfolgung, Antisemitismus, Antiziganismus, gegen Ausländerhass. Und der gegen die Ausbeutung der Menschen und unseres Planeten kämpft, Hilfesuchende unterstützt und Geflüchtete aus Seenot rettet.

Niemand hierzulande sollte für antifaschistisches Handeln, für gemeinsame Aktionen gegen den Hass, gegen alte und neue Nazis diskreditiert und verfolgt werden! Wir fordern, dass die Regierenden handeln und nach den grausamen



Foto: Jmh at Wikipedia Luxembourg

29. April 2015 (70 Jahre Befreiung vom Faschismus), Kulturzentrum Marcel Noppeney in Oberkuer (Luxemburg): Esther Bejarano mit ihrem Sohn Joram (links) und Kutlu Yurtseven (beide Rapper-Band Microphone Mafia)

Erfahrungen, des Nationalsozialismus die erste Pflicht nach unserem Grundgesetz erfüllen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Art. 1 GG).

Wir fordern, endlich nach Artikel 139 Grundgesetz und entsprechend dem Potsdamer Abkommen das Verbot aller faschistischen Nachfolgeorganisationen, ihrer Schriften, ihrer Embleme, ihrer Aktivitäten! Das sind wir den Millionen Opfern der faschistischen Verbrechen schuldig.

Wir fordern: Der 8. Mai, der Tag der Befreiung der Menschheit vom Hitlerfaschismus muss ein Feiertag werden – das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten.

Mein ganzes Leben lang werde ich weiter dafür kämpfen, dass es keine Faschisten, keine Nazis mehr gibt. Nirgendwo. Das habe ich versprochen, immer wieder. Auch in Zeiten wie dieser, wenn öffentlich wieder „Hitlergrüße“ gezeigt werden. Nein, ich gebe nicht auf, wir geben nicht auf: Gemeinsam mit den Vielen arbeiten wir gegen das Vergessen, gegen die, die Geschichte umschreiben oder überschreiben wollen. Hoffnung machen alle, die gegen rechts, gegen Rassismus und Antisemitismus auf die Straßen gehen und protestieren. Aber wir müssen noch lauter werden, unüberhörbar und überall deutlich sichtbar. Für eine freie Gesellschaft, für Solidarität statt Ausgrenzung!

von  
Esther Bejarano,  
Hamburg, deutsch-jüdische Überlebende des KZ Auschwitz-Birkenau

**DOKUMENTIERT**

**27. Oktober 2019 – Landtagswahl in Thüringen**

Wahlauswertung der marxistisch-feministischen Gruppe innerhalb des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS

Vor der Auswertung, das wichtigste: Wir danken erst einmal allen GenossInnen, die dieses tolle Wahlergebnis ermöglicht haben. Es war nur möglich, weil wir als LINKE alle (wieder) an einem Strang gezogen haben [...]

**Regierung 2014–2019 in Thüringen**

Um die Thüringer Regierung bewerten zu können, ist es gut sie zu vergleichen. Ein Grund für das gute Abschneiden der LINKEN in Thüringen war sicher auch, dass viele vergangene Fehler anderer Regierungen nicht wiederholt wurden. Das, obwohl die Koalitionspartner SPD und Grüne im bundesweiten Vergleich eher parteirechts sind. Die Thüringer Regierung setzte trotzdem keine neoliberalen Sparmaßnahmen um und beteiligte sich nicht an der neoliberalen Verwaltung des Kapitalismus. In fünf Jahren wurde vieles besser und demokratischer. Mehr Spielraum ließen die schmalen Einnahmen, das Neuverschuldungsverbot und der Schuldenberg aus 24 Jahren CDU-Herrschaft nicht zu. Zu den Verbesserungen zählt vor allem das Tariftreuegesetz im Öffentlichen Dienst und die ein-zwei beitragsfreien KiTa-Jahre. DIE LINKE hat hier umgesetzt, was für frühere SPD-Grünen-Regierungen vor der neoliberalen Wende selbstverständlich war. Anders als in Brandenburg verschlechterte die Thüringer Regierung auch politisch wenig Größeres – es gibt keine Thüringer Entsprerung zum Brandenburger Polizeigesetz oder Zustimmung zur Braunkohle.

Trotzdem gibt es einiges Kritikwürdiges: In der Regierung wurden der schwächelnden SPD die wichtigsten Ministerien (Finanzen, Wirtschaft, Inneres) überlassen und den in Thüringen traditionell schwachen Grünen gleich zwei Ministerien überantwortet. Die DDR wurde als Unrechtsstaat ver-

urteilt und die Schuldenbremse akzeptiert. Auch im Bundesrat hat Thüringen zu vielen falschen Projekten zugestimmt, von Autobahnprivatisierung bis zur Exzellenzinitiative. Die schädlichen Kreisgebietsreformen, die zu Einsparungen in strukturschwachen Regionen geführt hätten, hat die Regierung erst nach massivem Widerstand abgebrochen. Wirklich große Errungenschaften oder soziale Konflikte der Regierung, die die Partei stärken wie derzeit in Berlin gab es nicht. Die Mitgliederzahl von DIE LINKE Thüringen ist unterdes von 5 100 auf 4 100 gesunken und die Verankerung hat in vielen Landkreisen stark nachgelassen (was im Rahmen der ostdeutschen Entwicklung liegt, aber auch keine positive Ausnahme darstellt). Nüchtern lässt sich festhalten, die Regierung war – anders als vorangegangene Linksregierungen – kein Reinfall und die Mitglieder waren damit eher zufrieden. Für eine sozialistische Perspektive und den Parteaufbau leistete diese Regierung allerdings auch keinen großen Beitrag.

**Neuer Wahlkampf mit bewährtem Rezept**

Auch im Wahlkampfjahr 2019 sah sich ein extrem beliebter Bodo mit eher unbekanntem und unbeliebten Gegenkandidaten konfrontiert. Wieder entschied sich DIE LINKE die Popularität des Spitzenkandidaten gegen die politischen Gegner auszuspielen. Der Bonus als Amtsinhaber kam diesmal hinzu und obendrein der aus den Wahlen in Brandenburg und Sachsen bekannte Effekt, dass die Ministerpräsidentenpartei am stärksten von der Polarisierung gegen die AfD profitiert. Der Landesparteitag der LINKEN beschloss die Kampagne ganz auf die Fortsetzung von r2g auszurichten. Die Regierungsparteien waren von Konkurrenten

zu Partnern geworden. Am Infostand empfahl man freimütig die Koalitionspartner zur Wahl, wenn jemand sich nicht zur Wahl der LINKEN durchringen wollte. Die Plakate und das Material verkauften DIE LINKE eher als eine Partei der Mitte, die für alle wählbar ist, die gegen die AfD sind. Auch in der Wählerschaft griff die Angst vor einer Regierungsbeileiligung der AfD um sich. Es zeichnete sich ein Lagerwahlkampf zwischen Team r2g und der AfD ab. DIE LINKE konnte davon als mit Abstand größte amtierende Regierungspartei profitieren. So konnte DIE LINKE auch diesmal ihr Ergebnis steigern und gewann über 30% der Stimmen. Die Freude über das Ergebnis sollte allerdings nicht den Blick dafür trüben, dass dieses Ergebnis vor allem Ausdruck der Popularität von Bodo und der Polarisierung zwischen Ministerpräsident und AfD ist. Ob das Ergebnis eine linke Perspektive stärkt oder eher eine erfreuliche Defensivmassnahme gegen die AfD war, wird sich noch zeigen.

**Genau hinschauen**

Auf den zweiten Blick werden schon besorgniserregende Tendenzen sichtbar. Thüringen ist sehr ländlich geprägt und besitzt mit der Landeshauptstadt Erfurt und der Universitätsstadt Jena nur zwei Großstädte. Die Direktmandate in den größeren Städten gehen meist an LINKE oder SPD. Alle anderen Wahlkreise üblicherweise an die CDU. Bei dieser Wahl gelang es aber der AfD der CDU zahlreiche Direktmandate abzunehmen. Diese besonders rechte AfD zu wählen, kann nicht mehr mit Protestwahl erklärt werden. Wer das Thema Zuwanderung als wichtigstes Wahlthema ansah, wählte AfD – vor allem in den Gegenden, wo die Abwanderung am stärksten ist und unter den mittelalten Menschen,

die in den 90ern und 2000ern politisch sozialisiert wurden. Bemerkenswert ist, dass viel mehr Frauen dieses Mal DIE LINKE wählten. Diese Tendenz war mit 40%-Linkswählerinnen unter den Gewerkschafterinnen besonders stark und setzt den Trend der letzten Wahlen fort.

Ramelow konnte viele Bevölkerungsschichten ansprechen. Das Gros der Bevölkerung und auch der Linkswähler\*innen hat Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife. Dass DIE LINKE immer stärker in den Städten war, ist erst seit 1840 neu (überrascht aber immer noch einige). Die Schwäche auf dem Land erreicht aber mittlerweile bedenkliche Ausmaße – auch in Thüringen. Gerade in den ländlichen Regionen schwächt DIE LINKE oder ist schon fast verschwunden – die guten Zweitstimmenergebnisse überdecken das. In einigen Wahlkreisen gibt es nicht mehr ein einziges aktives Mitglied, das in der Lage wäre Hilfsangebote aus den Städten für Plakattieren, Zeitung stecken und Infostände anzunehmen und zu koordinieren. DIE LINKE ist in diesen Gegenden auf den Einsatz ihrer Hauptamtlichen angewiesen, um überhaupt noch wahrgenommen zu werden. Die so wichtige Verankerung im Alltag durch Kolleg\*innen, Freund\*innen und Familienmitglieder lässt sich so aber nicht mehr kompensieren. In den Städten gelingt hingegen ein schwieriger Übergangsprozess von der verdienten PDS-Generation an eine neue LINKE-Generation. Auf dem Land sieht es hingegen oft dramatisch aus. Steuert DIE LINKE hier nicht endlich aktiv gegen, wird es keine solchen Erfolge mehr geben. Alternativ muss Bodo bis Mitte 80 machen.

Mit dieser Problemlage ist DIE LINKE in Ostdeutschland allerdings nicht alleine, sondern es betrifft in ähnlichem Maße auch die anderen beiden

traditionellen Großparteien Ostdeutschlands: SPD und CDU. Die drei ostdeutschen Landtagswahlen haben gezeigt, dass keine Partei mehr eine Verankerung in der Fläche besitzt, die es ihr ermöglicht, sich gegen den Trend der Polarisierung von Regierungschef und AfD bei gleichzeitigem Abrutschen der anderen Parteien zu stemmen. Diese fehlende Verankerung jeglicher Parteien in der Gesellschaft ist als solches ein Problem für ein – auch nur bürgerliches – demokratisches Gemeinwesen, das von einer funktionierenden Zivilgesellschaft und ihrer Anbindung an Parteien lebt. Ein solches Vakuum ist prädestiniert dafür, von rechtspopulistischen Gruppen, die mit ihrer führerzentrierten Politik auf diese Verankerung nicht in dem Maße angewiesen sind, gefüllt zu werden.

### Was nun?

Trotz des Rekordergebnisses der LINKEN hat r2g seine Mehrheit verloren. Alternativen für diese Eventualität wurden im Vorhinein nicht offen diskutiert. Alles war ausgerichtet auf die öffentliche Darstellung einer freundlichen Zusammenarbeit der Regierungsparteien, die alle die Fortsetzung wollen. Schon vor fünf Jahren litt die SPD unter der Polarisierung zwischen Bodo und seiner politischen Gegnerin, der CDU. Diesmal litt vor allem die CDU unter der Polarisierung zwischen Bodo und AfD. Aber auch die in Thüringen kaum verankerten Grünen und die im Bundestrend schwache SPD hatten so einen schweren Stand im Wahlkampf. Das Wahlergebnis ist ein weiterer Tiefschlag für die SPD und die Grünen mussten entgegen des Bundestrends um den Einzug in den Landtag zittern. Die FDP schafft es nach Jahren der Abwesenheit mit einer Handvoll Stimmen unterm Kiel voraussichtlich wieder in den Landtag. Ihre Ausrichtung ist klar wirtschaftsliberal mit nationalistischen Untertönen. Der Thüringer AfD-Landesverband ist inzwischen voll unter Kontrolle des völkischen Rechtsradikalen Höcke und konnte noch

vor der CDU die zweitstärkste Kraft werden. Streit und Austritte aus der AfD-Fraktion wie vor 5 Jahren sind nicht zu erwarten.

Die Thüringer CDU steht vor einer Zerreißprobe. Erste Stimmen fordern eine Zusammenarbeit mit der AfD. Die Wahl von Höcke zum Ministierpräsidenten dürfte aber wohl in der CDU Fraktion nicht mehrheitsfähig sein und auch von der Bundes-CDU schlicht verboten werden, um die Konkurrenz von der AfD nicht aufzuwerten. Die Unterstützung der verhassten LINKEN dürfte allerdings ebenso wenig mehrheitsfähig sein in der CDU. In Anbetracht der Beliebtheit des amtierenden Ministerpräsidenten und in Ermangelung eigener Machtoptionen ohne die AfD, betont die CDU vor allem ihren Widerwillen gegen die Partei, der Bodo angehört. In den nächsten Wochen wird aber vor allem die CDU für sich sortieren müssen, in welchen sauren Apfel sie beißen will. Eine kluge Öffentlichkeitsarbeit von r2g könnte den Konflikt in bei der CDU ausbrechen lassen.

Zwar besitzt r2g keine Mehrheit, um eine neue Regierung zu bilden, aber die Thüringer Verfassung sieht vor, die Regierung im Amt zu belassen, bis eine Neue gewählt wurde. So wäre auch eine geschäftsführende Regierung mit wechselnden Mehrheiten denkbar. Neuwahlen könnten zu einem passenden Zeitpunkt veranlasst werden. Die Alternative ist eine Minderheitsregierung mit geborgten Stimmen von FDP oder CDU, was einem Drahtseilakt gleich käme, aber andererseits nicht mit dem Makel behaftet wäre, nicht vom neuen Parlament gewählt worden zu sein, sondern nur geschäftsführend im Amt zu sein. Allerdings gibt es auch in der LINKEN erste Stimmen, die eine Koalition mit der CDU fordern, um der Stärke der AfD Einhalt zu gebieten. Eine Forderung, die an den sogenannten historischen Kompromiss der Kommunistischen Partei in Italien denken lässt, die mit den Christdemokraten koalierte, um eine Regierungsbeteili-

gung der Rechten zu verhindern. Manche mögen glauben, dass die Popularität von Bodo DIE LINKE auch nach einer solchen Koalition als Kraft im Parlament halten könnte, aber die Erfahrungen aus Italien mahnen dringend, von solchen Gedanken Abstand zu halten. Am Ende war die einst stärkste linke Partei in Westeuropa am Boden zerstört und die Rechten haben seit dem in Italien freie Bahn. Bis heute ist es nicht gelungen eine neue starke Linke Partei in Italien aufzubauen. Die politische Aufopferung mit der CDU zusammen gegen die AfD zu koalieren, würde DIE LINKE wahrscheinlich auf Jahrzehnte marginalisieren und die AfD stärken. Zu befürchten stünde, dass sich ein Teil der CDU-Anhänger und -Mitglieder der AfD zuwendet. Denn noch immer gilt DIE LINKE in diesen Kreisen als Feindbild Nr. 1.

### Auswirkungen auf den Bund?

Die versprochene Debatte über die Zukunft der Partei bleibt erst einmal aus. Auf weitere Grabenkämpfe haben verständlicherweise gerade nur wenige Lust. Bei der Qualität der vergangenen Strategiedebatten kommt zwar wenig Freude auf, trotzdem muss sich DIE LINKE ihren Problemen stellen. Während DIE LINKE im Westen vielfach auf die mittleren und größeren Städte beschränkt ist, droht sie, im Osten ganz zu verschwinden. Fast die komplette PDS-Generation, unter Mitgliedern wie in der Wählerschaft, stirbt aus und eine eher rechte Generation kommt nach. Die Ost-Landesverbände leben seit rund 15 Jahren von der Substanz. Das konnte das Rekordergebnis in Thüringen verdecken – doch Thüringen schnitt bei den Europa- und Kommunalwahlen im Mai 2019 mit am schlechtesten ab. In Brandenburg und Sachsen können durch die harten Verluste nicht mal mehr die Hauptamtlichen den Wegfall in der Fläche kompensieren, weil ihre Wahlbüros wegfallen. Thüringen hat viele dieser Ressourcen noch und

auch die anderen Ost-Landesverbände sind noch vergleichsweise gut ausgestattet. Diese gute Ausstattung dürfte bei weiter abnehmender Tendenz in fünf bis zehn Jahren vorbei sein. Das Zeitfenster für einen Strategiewechsel ist also kurz. Auch die langsam, aber stetige Erosion in Arbeitermilieus setzt sich fort. Dafür braucht es Antworten, Experimente und Strategien.

Um die Existenz der Partei zu sichern und auch um in Zukunft tolle Ergebnisse einzufahren und noch mehr durchzusetzen, braucht die Partei einen klaren Kurs. Parteien wachsen mit klarem Profil und im Konflikt mit anderen Parteien. Jegliche Mitte-Avancen wie CDU-Koalitionen sind dafür ausgeschlossen. Sie würden die Partei brutal schwächen. Genauso braucht es ernsthafte Debatten statt Märchenstunden, die nur die je eigene Fraktion in der Partei stärken. Wer angesichts von 80.000 verlorenen Arbeitsplätzen in der Solarindustrie vor allem in Ostdeutschland ausgerechnet die 8000 Kohlekumpel als wahlentscheidend ausgibt, die verlorenen Industriearbeitsplätze im Solar- und Windkraftbereich nicht mal erwähnt, versucht sich und andere nur für dumm zu verkaufen.

Man kann die Zeit mit solchem Nonsense vertun. Gleichzeitig haben wir aber eine der politischsten jungen Generationen seit langem und in Berlin erstmals in einer Regierung substanziell etwas umgesetzt gegen die Kapitaleseite. Die große Umweltbewegung und die starke Antirechts-Stimmung unter Frauen, unter den Jungen, aber auch den bewussten GewerkschafterInnen müssen wir als LINKE doch besser nutzen können. Unsere Freude an politischen Siegen sollte nicht auf wenige Wahlabende beschränkt sein (aber sie sind ein guter Anfang).

*ausgewählt von  
Christopher Voß,*

Quelle: <http://marxismus-feminismus.de/?p=280#more-280>

## Aus der Linksfraktion im Landtag



Die Fraktion DIE LINKE im Plenarsaal, Foto: DIE LINKE

Liebe Leserinnen, liebe Leser,  
da sind wir wieder. Sie haben am 1. September einen neuen Landtag gewählt – mittlerweile hat er seine Arbeitsfähigkeit hergestellt, eine neue Regierungskoalition hat sich zusammengefunden und seit der Sitzung Ende November hat Brandenburg auch eine neue Regierung. Für uns, die Linksfraktion, hat sich vieles geändert. Wir haben bei vielen von ihnen nicht noch einmal

Quelle:  
[www.linksfraktion-brandenburg.de/newsletter-fraktion/newsletter-2019/linksdruck-november-2019/](http://www.linksfraktion-brandenburg.de/newsletter-fraktion/newsletter-2019/linksdruck-november-2019/)

Der Linksdruck erscheint als elektronischer Newsletter. Er berichtet in der Regel nach jeder Landtagssitzung über die Initiativen der Fraktion. Die jeweils aktuelle Ausgabe ist unter [www.linksfraktion-brandenburg.de/publikationen/newsletter/](http://www.linksfraktion-brandenburg.de/publikationen/newsletter/) zu finden. Wenn Sie den Newsletter abonnieren möchten, tragen Sie bitte ihre Mailadresse in die Eingabemaske rechts in der Randspalte ein. Wenn Sie ihn nicht länger erhalten möchten, können Sie sich dort auch wieder austragen.

das Vertrauen gewinnen können – so sind wir jetzt die kleinste linke Fraktion seit 1990 und auch nicht mehr in der Regierung vertreten. Wir – wie die gesamte LINKE in Brandenburg – stellen uns intensiv der Frage, wo wir in den letzten Jahren an Interessen und Bedürfnissen vorbei gearbeitet haben. Ein soziales Brandenburg, ein Brandenburg für alle, ein Brandenburg mit starken, perspektivreichen Regionen – das bleibt unser Anspruch. Dabei können, dabei wollen wir auch an vieles anknüpfen, was wir in den letzten Jahren erreicht haben.

Aber: Gesellschaft, Wirtschaft, Alltag befinden sich in einem immer dynamischer werdenden und tiefgreifenden Wandel. Unserem Anspruch werden wir nur gerecht, wenn wir für unsere Werte und Ziele Lösungen finden, die vor diesem Wandel bestehen können. Und auch Sie, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, werden wir nur überzeugen können, wenn uns das gelingt. Wir wissen das.

Sinngemäß gilt für die neue Regierung und die neue Koalition:

Auch sie wird nur bestehen können, wenn sie mit dem Wandel nicht nur Schritt hält, sondern ihn in Verantwortung für Brandenburg gestaltet – mit Vernunft und Augenmaß, mit sozialer und ökologischer Perspektive. Wir kennen die Akteure der neuen Koalition recht gut. Wir haben die Koalitionsvereinbarung gründlich gelesen. Und angesichts dessen sind wir sehr skeptisch, ob "Kenia" bereits den richtigen Zugang gefunden und das richtige Schrittmaß bestimmt hat.

Und da kommen wir wieder ins Spiel. Gute Opposition macht Druck – das werden wir tun. Und für unsere Partner überall im Land, für Sie, die Bürgerinnen und Bürger, gilt: Mit einer guten Opposition im Parlament kann man Druck machen! Bleiben wir also einander gewogen und seien wir interessiert aneinander. Für Brandenburg.

Daran arbeiten wir – versuchen!

*Herzlich,  
Katrin Dannenberg und Sebastian  
Walter, Fraktionsvorsitzende*

### NACHRICHTEN AUS DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE

(Quelle: Newsletter – Linksdruck November 2019)

#### ■ Schuldenbremse reformieren – Investitionen ermöglichen!



von  
Ronny  
Kretschmer,  
finanzpoliti-  
scher Sprecher  
Foto: DIE LINKE

2009 haben Bundestag und Bundesrat die so genannte Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Sie schreibt ein weitgehendes Verbot der Neuverschuldung für den Bundeshaushalt ab 2016 und für die Länderhaushalte ab 2020 vor. DIE LINKE hat sich von Beginn an gegen die Schuldenbremse ausgesprochen. Diese wird nicht die Schulden, sondern die Zukunft bremsen: Sie hemmt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, schadet dem Sozialstaat, verstärkt die Ungleichverteilung des Reichtums und droht sogar die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu erhöhen.

Ziel jeder Konsolidierungspolitik aber muss es vielmehr sein, die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand zu erhalten. *Auch angesichts der drohenden Rezession sind öffentliche Investitionen in Deutschland dringend notwendig, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln.* Deshalb wollen wir kurzfristig die Schuldenbremse durch die (Wieder)Einführung der goldenen Regel der Fiskalpolitik reformieren, welche – wie bis ins Jahr 2009 – öffentliche Netto-Investitionen durch Kreditfinanzierung erlaubt.

Das grundlegende Korsett der Schuldenbremse kann auf Landesebene nicht gesprengt und umgangen werden. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag die Landesregierung auf, im Bundesrat initiativ zu werden (vgl. *Drucksache 7/146*). Die staatliche Handlungsfähigkeit wird durch die grundsätzlich verbotene strukturelle Neuverschuldung massiv eingeschränkt und muss perspektivisch wieder abgeschafft werden. Die Debatten um die Schuldenbremse laufen auf Bundes-

ebene in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf Hochtouren.

Sich in diese Debatten einzubringen, mit dem Ziel die Schuldenbremse zu reformieren, ist allemal der ehrlichere Weg, als kurz vor dem Wirksamwerden der Schuldenbremse zum 1. Januar 2020 ein kreditfinanziertes Sondervermögen in Höhe von 1. Mrd. Euro zu gründen, wie es die Regierungskoalition mit ihrem Nachtragshaushaltsgesetz 2019 plant (vgl. *Drucksachen 7/123* und *7/120*). Darüber hinaus wollen wir mit unserem Änderungsantrag zum Sondervermögen erreichen, dass die 1. Mrd. Euro nicht zum Spielgeld der Landesregierung wird. Die Mittelverwendung bzw. die entsprechenden Projekte sollen im zuständigen Ausschusses für Haushalt und Finanzen vom Parlament begleitet werden (vgl. *Drucksache 7/181*).

Bei der Abstimmung im Plenum stimmten die Grünen übrigens gegen unseren Antrag – und stellten sich damit auch gegen das Votum ihres eigenen Bundesparteitags, die Schuldenbremse abzuschaffen



# Hartmut König

## ■ Königs Reich

Hartmut König las aus seiner Autobiografie – von Martin Hatzius

Wer Hartmut König nicht kennt, würde kaum auf den Gedanken kommen, dass der Mann, der am Mittwochabend auf der Bühne des Münzenbergsaals im nd-Gebäude Platz nahm, einmal ein populärer Musiker und später auch ein hoher Repräsentant der DDR-Kulturpolitik war. Von derart Prominenten, selbst wenn ihre Blütezeit hinter ihnen liegt, ist man ein eitles, über die Dinge erhabenes Auftreten gewohnt. Der Mensch da vorne hingegen ist von den Leuten im Publikum schwerlich zu unterscheiden. Das weiß gewordene Haar nachlässig frisiert, setzt er sich an den kleinen Lesetisch auf dem Podium, als wäre der ein Möbelstück in der Küche von Freunden. Das schlichte Hemd spannt über Königs beachtlichem Bauch, aber das scheint ihn nicht zu stören. Was er an diesem Abend mitzuteilen hat, ist auf die polierte Fassade nicht angewiesen – und war es womöglich nie.

Dass jemand im Saal Hartmut König nicht kennt, darf ohnehin bezweifelt werden. Mancher wird als Weggefährte erkannt und benannt. Selbst dem Berichterstatter, drei Jahrzehnte jünger als König und die meisten seiner Zuhörer, sind die Singebewegung der DDR, sind der Hootenanny-, der Oktoberklub ein ehrbarer, ein denkwürdiger Begriff. Königs berühmtestes Lied, „Sag mir, wo du stehst“, kann ich noch heute Wort für Wort mitsingen, und ich gestehe, es kommt mir manchmal mit leichtem Erschauern in den Sinn, wenn jetzt zuweilen wieder unter Linken die richtige Gesinnung abgefragt wird, als wäre die ein durch nichts zu er-

## ■ Würdig

Er kann es noch: Menschen begeistern und mitreißen. Gewiss, die Bühnen sind heute bescheidener, aber umso dankbarer ist das Publikum. Wochen vorab war der Liederabend im Café Sybille in der Berliner Karl-Marx-Allee ausverkauft. Drum soll ein zweiter als bald folgen.

Hartmut König ist zurück. Der Frontmann des Oktoberklubs, der

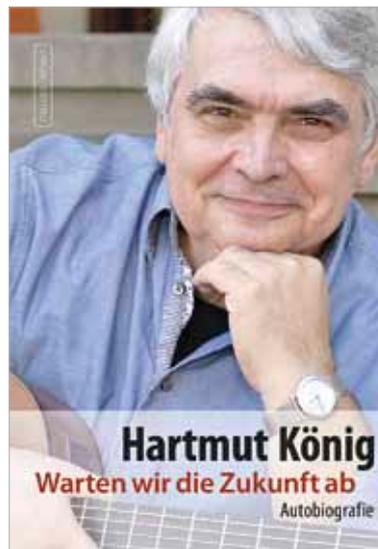
schütterndes Manifest. Ein ganz anderes Lied des Oktoberklubs, „Nach dieser Erde“, hörte ich zuletzt gesungen von meiner Tochter, gemeinsam mit Hunderten anderer Kinder im Grundschulalter – ein musikalisch betörendes, ein wieder und immer noch akutes Mahnstück um die bedrohte Bewahrung unseres unteilbaren Heimatplaneten.

Rechtzeitig vor seinem 70. Geburtstag, den er an diesem Sonntagabend begehen wird, hat Hartmut König eine Vielzahl höchst interessanter, bewegter und bewegender Erinnerungen an seinen Lebensweg niedergeschrieben. Einen Weg, den Bruno Apitz, Pete Seeger und Konrad Wolf früh kreuzten, den Thomas Brasch, Bettina Wegener, Jenny Gröllmann und viele andere über kurze und längere Strecken mit ihm gemeinsam beschritten und bestritten.

Das soeben erschienene dicke Buch des einstigen ND-Volontärs, Journalistikstudenten, Mitglieds der Band Team 4, Sekretärs des Zentralrats der FDJ, ZK-Mitglieds und stellvertretenden DDR-Kulturministers – es ist eine Bilanz, die sich aufrecht, differenziert und kritisch mit jenem offiziell begrabenen Kapitel deutscher Geschichte auseinandersetzt, in das König hineingeboren wurde und an das er sein aktives Werden mit Überzeugung knüpfte. Eine Bilanz aber auch, die schmerzlich darum weiß, dass das große Versprechen jener Gegenwart, von deren Träumen und Kämpfen, Euphorien und Streits hier so alltagsnah erzählt wird, nicht eingelöst worden ist. Schließlich ist das Buch auch dies: ein mit

zunächst Hootenanny-Klub hieß (in Anlehnung an die vom kanadischen Folk- und Protestsänger Perry Friedman ins Leben gerufene Singebewegung), stellte seine just aus der Presse gekommene Disc vor, deren Titel eine klare Ansage ist: „Sag mir, wo du stehst“. Der Mann, mit dessen Namen sich wie mit kaum einem zweiten die FDJ-Singebewegung verbindet, denkt nicht dar-

Gegenwartsbezügen gespicktes Bekenntnis zum bleibenden Ziel einer gerechten Gesellschaft. Ein Buch, das diesen Titel trägt, versteht sich gewiss nicht nur als Bilanz: „Warten wir die Zukunft ab“.



Quelle:  
Tageszeitung *neues deutschland*,  
16. 10. 2017

Hartmut König,  
**Warten wir die Zukunft ab – Autobiografie**  
560 Seiten,  
14,5 x 21 cm, mit  
Abbildungen,  
• Buch 24,99 Euro,  
ISBN 978-3-355-01866-1  
• eBook 17,99 Euro,  
ISBN 978-3-355-50043-2

Foto: neues leben

### Wo warst du, als ...

Text und Musik: Hartmut König 2019

Auf dem Vulkan besinnungslos tanzen.  
Ziel und Bedenken stürzen aus der Zeit.  
Vom alten Bürgerfell bespringen uns die Wanzen  
und saufen Blut aus Adern unsrer Schläfrigkeit.

Der kühne Traum, die frühen Rebellionen –  
ist einer noch, der dieses Feuer schürt?  
Das blasse Rot möcht wohl im Kampf die Ärmel schonen  
und kennt die Faust nicht, die man gegen Unrecht führt.

Die Stahlhelmfront macht in Europa Zeche.  
Und die Faschisten reichen sich die Hand.  
Zu wenig fürchten wir derweil die eigne Schwäche.  
Die Parlamente sind im Ernstfall abgebrannt.

Die sanften Widerstände machen mich beklommen.  
Ach Deutschland, deine erste Republik –  
ist sie nicht deshalb auf den braunen Hund gekommen,  
weil durch Verrat der Chor der linken Fäuste schwieg?

Den hehren Worten ist nicht mehr zu trauen.  
Dem Nationalgesabber zugekehrt der Hals!  
Wir müssen uns ein aufgeklärtes Deutschland bauen!  
Die Enkel fragen uns dereinst: Wo warst du, als ...

Dieser Titel ist der CD „Sag mir wo du stehst – alte & neue Songs“ entnommen.

von  
Suzanne Marlé

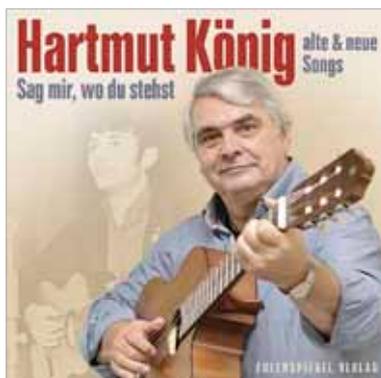
Quelle:  
Tageszeitung *neues  
deutschland*,  
9. April 2019

an, sich zu verstecken oder für was auch immer zu entschuldigen. Er steht zu seinen in Überzeugung getexteten und komponierten Liedern, so auch zum nachwendisch als „Aufruf zum Parteiverfahren“ inkriminierten, wie erst jüngst wieder in einem bürgerlichen Medium. Immerhin, für Rockröhre Udo Lindenberg war „Sag mir, wo du stehst“ der einprägsamste Politsong der DDR, wie er König einmal en passant offenbarte.

Am Keyboard begleitet von Michael Letz, dem ehemaligen künstlerischen Leiter des Oktoberklubs,

Hartmut König:  
**Sag mir, wo du  
stehst – alte & neue  
Songs.**  
Eulenspiegel  
Verlagsgruppe,  
1 CD, 78 Min.,  
Booklet, 15,99 Euro

Foto: Eulenspiegel  
Verlag



präsentierte König alte und neue Songs. Die teils ergrauten Freunde und Freundinnen der Singebewegung dankten es ihm mit erstaunlicher Sicherheit in Text und Melodie – sowohl bei Königs Klassikern „Wie starb Benno Ohnesorg?“ oder „Geh mal zu Fuß durch unser Land“ (auf dem 1. Festival des politischen Liedes uraufgeführt), als auch bei den Nachdichtungen, etwa des leidenschaftlichen Appells von Mikis Theodorakis in den 1960er Jahren gegen das griechische Obristenregime: „Die Front der Patrioten ruft“. Wider hirnloses Russland-bashing und alt/neue Russophobie hierzulande bot König „Sing, Soldat, sing“ von Lydia Nekrassowa, ein sehr emotionales Lied vom Großen Vaterländischen Krieg. Zum Repertoire des Oktoberklubs gehörte ebenso die von Aaron Zeitlin bereits 1941 verfasste Anklage deutsch-faschistischen Judenmordes „Dona Dona“ („Das Kälbchen“). König war es wichtig, an seinem ersten Liederabend nach einer gefühlten Ewigkeit zu betonen, dass Linkssein und Antisemitismus ein-

ander ausschließen, ungeachtet gängiger böswilliger Behauptungen.

Zu den neuen Kreationen aus seiner Werkstatt gehört „Kleines Kaff am Arsch der Welt/ wo kein Bus fährt und wo nix geschieht,/ wo's die Mädchen westwärts zieht ...“ Eine Beschreibung trauriger, trostloser Verhältnisse in einigen ostdeutschen Gegenden, verantwortet von einer verantwortungslosen, ignoranten und arroganten Politik nach 1990, die materielle und geistige Armut produzierte und letztlich selbst heraufbeschwor „den feigen Dämon, der an Buntheit Feuer legt“. Dem Singer-Songwriter kam die Liedidee bei einer Reise über Land, wo man aus Frust „braune Nester baut“. Wie „die dumpfe Seele spricht“ (Fremde raus, Grenzen dicht) karikiert König in „Strammer Max isst Tortellini“ (und Tapas, Sushi, Blini). Lautstarkem, grölendem und pöbelndem Nationalstolz hält er singend entgegen: „Was ich Heimat nenn, lieb ich leise“. – Kurzum: Das Comeback des Hartmut König war würdig und würdevoll.

## Veranstaltungstermine der LINKEN

- 7. Dezember 2019, 9.30 Uhr, Berlin, Marktstraße 9–12 (Jugendherberge Berlin-Ostkreuz)  
**Digitalkonferenz 2019 der Partei DIE LINKE**
- 14. Dezember 2019, 10 Uhr, Potsdam, An der Pirschheide 40 (Seminaris SeeHotel)  
**3. Tagung des 6. Landesparteitages DIE LINKE Brandenburg.** Tagungsschwerpunkt: Auswertung der Landtagswahlen und Schlussfolgerungen  
[www.dielinke-brandenburg.de/partei/parteitag/6-landesparteitag/3-tagung/](http://www.dielinke-brandenburg.de/partei/parteitag/6-landesparteitag/3-tagung/)

## DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle  
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde  
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24  
E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)  
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr,  
Di. 10–12 u. 15–16 Uhr  
Do. 10–12 Uhr,  
und nach telefonischer Vereinbarung  
Kasse: Di. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt  
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt  
Telefon: (0 33 64) 4 42 51  
E-Mail: [dielinke-ehst@t-online.de](mailto:dielinke-ehst@t-online.de)  
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

[www.dielinke-oder-spree.de](http://www.dielinke-oder-spree.de)

## Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 10. 12., genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde  
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

### Sitzungen im Oktober/November 2019

- Ausschuss für Bildung, Kultur 4. 12., 16.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Sport
- UAG2: Nachhaltige Entwicklung 12. 12., 16.00 Uhr, Ort noch nicht benannt der Raum- und Siedlungsstruktur, Klimaschutz und Energie
- UAG1: Förderung reg. Wirtschaft, 12. 12., 16.00 Uhr, Ort noch nicht benannt Landwirtschaft, Identifikation und reg. Identität

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages [www.landkreis-oder-spree.de](http://www.landkreis-oder-spree.de) entnehmen.

### Kreistag Oder-Spree

4. 12., 16.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

### IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,  
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,  
E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: [p-w-hochmuth@t-online.de](mailto:p-w-hochmuth@t-online.de); Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: [Elvira\\_strauss@web.de](mailto:Elvira_strauss@web.de)

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 15. Tag des Vormonats; Auflage: 2 000  
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: [Schneider.Satz@t-online.de](mailto:Schneider.Satz@t-online.de)

Druck: Onlineprinters GmbH, Dr.-Mack-Straße 83, D-90762 Fürth  
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE221705503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

# 2020 Pressefest der „Roten“ Reporter geplant

Die Landesarbeitsgemeinschaft linker Medienmacher traf sich in Potsdam



In vielen Landkreisen berichten ehrenamtliche „Journalisten“ in Kleinen Zeitungen über Angebote, Aktionen, Akteure und Ausblicke der LINKEN. 54 „Rote Reporter“, wie sie sich nennen, haben sich im Land Brandenburg zu einer Arbeitsgemeinschaft (LAG) zusammengeschlossen, um sich regelmäßig auszutauschen und sich für eine attraktive Berichterstattung über die Linkspartei in den Regionen zu qualifizieren. Am 9. November verständigten sich Mitglieder der LAG in der Potsdamer Landesgeschäftsstelle der LINKEN darüber, wie sie ihre Zusammenarbeit im kommenden Jahr gestalten.

So wollen sie bei ihrem traditionellen Pressefest der Kleinen Zeitungen im Sommer in Bernau ihre Zeitungen einem noch breiteren Publikum vorstellen. Das jährliche bunte politisch-kulturelle Programm mit Unterhaltung und In-

formation für Jung und Alt wird in bewährter Weise vor allem Bernauer Genoss\*innen gestalten: mit Polit-Talk, Musik, zahlreichen Info-Ständen u.a. von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Cuba Sí und der Tageszeitung „neues deutschland“, mit einem Spendenlauf sowie mit journalistisch-methodischen Übungen für die Roten Reporter. Die Reporter haben sich vorgenommen, in ihren Zeitungen noch breiter für dieses Fest zu werben, um über die zahlreichen Bernauer Besucher hinaus, noch einen größeren Zulauf zu erhalten.

Die Mitglieder der LAG wollen sich zudem weiterhin jährlich zu einem Klausurwochenende mit thematischer Schulung treffen.

Auf der Beratung wählten die Teilnehmer die vier neuen, zum Teil bisherigen, Mitglieder des Sprecher\*innenrates der LAG, Berit Christoffers, Anja Kreisel, Heinz Schneider und Bernd Wolter.

Zudem bestimmten die Mitglieder ihre zwei Delegierten für den Landesparteitag der LINKEN 2020, Anja Kreisel und Bernd Wolter, um auch hier auf die Bedeutung der Kleinen Zeitungen für die politische Arbeit aufmerksam zu machen.

Herzlich verabschiedeten sie sich vom langjährigen Koordinator ihrer Arbeit in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN, Reinhard Frank, der Anfang des neuen Jahres in den verdienten Ruhestand eintritt.

von  
Renate Adolph,  
Hoppegarten,  
Mitglied der LAG  
Rote Reporter Bran-  
denburg, verant-  
wortlich für die  
MOL-Kreiszeitung  
„Impulse“

## NACHRICHT

### Fahrräder helfen die US-Blockade zu durchbrechen

Cuba Sí schickt Container mit 114 gespendeten Fahrrädern nach Kuba



Am 12. November 2019 wurde in Berlin wieder ein Container mit Fahrrädern für Kuba von Cuba Sí-Aktivist\*innen beladen. Es ist bereits der zweite in diesem Jahr. In den letzten Jahren hat Cuba Sí mehr als 1000 gespendete Fahrräder nach Kuba gebracht. Dies war nur möglich, weil viele Kuba-Freunde (z.B. in Dresden, Bad Salzungen, Chemnitz, Erkner, Magdeburg, Schildow bei Berlin) diese Aktion tatkräftig unterstützen. Allen Spendern ein sehr herzlicher Dank!

Wir sammeln weiterhin Fahrräder – gut erhaltene, aber auch leicht reparaturbedürftige. Die Räder werden einer technischen Überprüfung von Fachleuten unterzogen, gegebenenfalls repariert und mit unseren Solidaritätscontainern nach Kuba geschickt.

Die Fahrräder erhalten Menschen in den Regionen, in denen Cuba Sí aktiv ist.

Werner Gerathewohl, Berlin, Tel. (030) 655 84 28

Foto: Cuba Sí

**Geldspenden** auf das Sonderspendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE/Cuba Sí  
Empfänger: DIE LINKE/Cuba Sí  
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10  
BIC/SWIFT-Code: BE LA DE BE XXX  
Verwendungszweck: „Kuba muss überleben“

#### Sachspenden

Bitte telefonisch (030) 24 00 94 56 oder per E-Mail (berlin@cuba-si.org) abstimmen.

## Zucker-Kasten



Wer erinnert sich noch daran?

von  
Dr. Rainer  
Lindemann,  
Arbeitsgemeinschaft  
Cuba Si beim Partei-  
vorstand der Partei  
DIE LINKE

## Unterstützt mit Cuba Sí die Geburtsklinik „Ramón González Coro“ in Havanna!

Unblock Cuba! – Das sozialistische Kuba muss überleben!

Die Tageszeitung  
*junge Welt* interview-  
te in ihrer Ausgabe  
am 18. 11. 2019  
Autor Dr. Rainer  
Lindemann:  
www.jungewelt.de/  
artikel/366955.  
gegen-us-blockade-  
einer-schaut-  
solidarisch-nach-  
dem-anderen.html



Havanna, 29. Oktober 2019, Intensivstation der Geburtsklinik „Ramón González Coro“, Untersuchung eines Neugeborenen mit einem Ultraschallgerät, das Cuba Sí aus Spendenmitteln nach Kuba schicken konnte. Foto: Cuba Sí

Weitere Informatio-  
nen zur Solidaritäts-  
arbeit von Cuba Sí  
im Internet unter:  
• [cuba-si.org](http://cuba-si.org)  
• [www.facebook.com/cubasi.berlin](https://www.facebook.com/cubasi.berlin)

Fragt man einen Kubaner nach den Vorzügen seines Landes, nennt er mit Sicherheit auf Anhieb die kostenlose medizinische Versorgung, die kostenlose Bildung und die Sicherheit („aquí todo es tranquilo“ – „hier ist alles ruhig“).

Der kubanische Staat investiert einen Großteil seines Haushalts in die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten, von Schwestern und Pflegern, in die pharmazeutische Industrie, in den Import von Arzneimitteln und Medizintechnik. Das kubanische Gesundheitswesen ist gut organisiert und wesentlich auf das Prinzip der Prophylaxe

ausgerichtet, der Vorbeugung von Krankheiten und ihrer Früherkennung. Eines der bekanntesten und bedeutendsten Ergebnisse ist die für den gesamten amerikanischen Kontinent niedrigste Säuglingssterblichkeit von etwa 0,4 Prozent. Unbeeinflusst durch Profitstreben und Kommerz arbeiten die

Angehörigen des Gesundheitswesens nach wahrhaft humanistischen Grundsätzen und dies nicht nur in ihrer Heimat, sondern in über 60 Ländern der Erde. An der Medizinischen Hochschule für Lateinamerika (ELAM) in Havanna werden tausende Studenten aus ganz Lateinamerika und der Karibik, ja sogar aus den USA zu Ärzten ausgebildet, und zwar kostenlos.

**„Gratis pero cuesta“ – kostenlos aber es kostet.**

Diese Zeile kann man in vielen Krankenhäusern lesen und darunter die bei einzelnen der Behandlungsmaßnahmen, wie bei Operationen, anfallenden Kosten.

Von den Kosten können wir in Deutschland auch ein Lied singen, wobei unsere „Kostenexplosion“ zum Teil hausgemacht, systemimmanent, ist. Nur mit der Produktion von Waffen kann heute mehr verdient werden als mit der Herstellung von Medizintechnik und in der Pharmaindustrie!

Diese Entwicklung und vor allem die inhumane und unter der Trump-Administration verschärfte Blockade macht Kuba schwer zu schaffen. Es gibt selbst in proflierten Einrichtungen Engpässe an Medikamenten und Verbrauchsmaterialien und einen erheblichen Bedarf an moderner Medizintechnik.

Dies konnten wir im März 2018 während einer von Cuba Sí und vom ICAP (Kubanisches Institut der Völkerfreundschaft) organisierten Reise hautnah erleben, desgleichen eine Parlamentariergruppe der Fraktion DIE LINKE im Bundestag im Mai 2018. Wir ergriffen kurz darauf die Initiative zur Gründung der Unterstützungsgruppe „Geburtsklinik Ramón González Coro“. Diese Klinik ist Nationales Referenzzentrum für Risikoschwangerschaften, Frühgeborene, Neugeborene sowie die Diagnostik und Behandlung der Unfruchtbarkeit.

Anfangs richteten wir unser Augenmerk auf die Intensivstation für Neu- und Frühgeborene, danach auf die Anästhesie- und die geburts-  
hilfliche Abteilung. Wir begannen mit der Sammlung von Sachspen-

den, überwiegend ausgesonderte aber noch gut funktionierende Medizintechnik wie zum Beispiel Infusionspumpen und Monitore, aber auch ein spezielles Beatmungsgerät, sowie Ausrüstungen (Betten, Mobil-  
biliar), die wir aus Krankenhäusern von Luckenwalde, Dresden-Neustadt, Freital, Jena, Chemnitz, Berlin-Buch und Potsdam übernehmen konnten. Spezielle Verbrauchsmaterialien für die geburts-  
hilfliche Abteilung spendete eine Herstellerfirma, deren Chefin bereits in Havanna die Bekanntschaft von Geburtshelfern gemacht hatte.

Das Krankenhausprojekt wurde in der CubaSí-Finanzplanung 2019 verankert und es zeichnete sich ein erfreulicher Spendeneingang ab. Wir konnten jetzt auch hochwertige Medizintechnik beschaffen, so beispielsweise ein Ultraschallgerät für die Untersuchung des Herzkreislauf-Systems, des Gehirns (wie im Bild zu sehen) und aller inneren Organe (18 500 €), Geräte zur Untersuchung und Behandlung der sog. Neugeborenen-Gelbsucht (7 500 €) und einen Neugeborenen-Inkubator („Brutkasten“ – 6 000 €). Bisher wurden die Materialien bei Besuchsreisen, per Container und per Luftfracht an unsere Compañeras und Compañeros geliefert, zu denen wir persönlich und per E-Mail „einen guten Draht“ haben. Ein großer (40-Fuß) Container mit Betten, Matratzen, Verbrauchsmaterialien und Geräten wird im November auf die Reise gehen.

Für das kommende Jahr sind Beatmungsgeräte für die Neu- und Frühgeborenen-Intensivstation und Narkosegeräte für die Anästhesieabteilung geplant. Auch die Ermöglichung einer Hospitation für eine kubanische Ärztin an einer proflierten Berliner Klinik ist von uns angedacht.

Dafür braucht Kuba, braucht das Krankenhaus in Havanna, brauchen wir für Kuba vor allem eines: Geld, Geld und nochmals Geld – und natürlich auch geeignete Sachspenden (siehe Kasten).

**Viva Cuba, Viva la Revolución!  
(Es lebe Kuba,  
es lebe die Revolution!)**

### Geldspenden auf das Sonderspendenkonto beim Partei-vorstand der Partei DIE LINKE/Cuba Sí

Empfänger: DIE LINKE/Cuba Sí  
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10  
BIC/SWIFT-Code: BE LA DE BE XXX  
Verwendungszweck: „Kuba muss überleben/KRH2019“

### Sachspenden

Bitte telefonisch (0 30 24 00 94 56) oder per E-Mail (berlin@cuba-si.org) abstimmen.